-Entwurf-

Haushaltssicherungskonzept

der

Gemeinde Hürtgenwald

für die Jahre 2026 - 2036



Inhalt: ***Seite:***

Einleitung	2
Ergebnis- und Finanzpläne für den Zeitraum 2026 -2036	8 - xx
Anlagen	xx - xx

Haushaltssicherungskonzept
der Gemeinde Hürtgenwald

1. Einleitung

Die Pflicht, ein Haushaltssicherungskonzept zu erstellen, ergibt sich aus § 76 Absatz 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Nach dieser Vorschrift muss die Kommune ein solches Konzept aufstellen, wenn

1. durch Veränderungen des Haushalts innerhalb des Planjahres der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
2. in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder
3. in der Bilanz ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ausgewiesen wird.

Der Planstand zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushalts 2026 zeigt eine Verringerung der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Zwanzigstel in den Jahren 2026 und 2027. Damit sind die Voraussetzungen der Ziffer 2 gegeben, wodurch die Gemeinde Hürtgenwald zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzept verpflichtet ist.

Im Haushaltssicherungskonzept muss festgelegt werden, bis wann der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden soll. Der Landesgesetzgeber setzt für den Ausgleich eine Frist von längstens zehn Jahren, beginnend nach dem Haushaltsjahr der Aufstellung, fest. Konkret knüpft er die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzepts durch die Kommunalaufsicht an eine sogenannte Soll-Vorschrift. Diese lässt zwar Ermessen der Aufsicht und damit auch eine abweichende Fristsetzung zu, jedoch erscheint ein Festhalten an der Zehnjahresfrist momentan als einzige zielführende Option.

Im Haushaltssicherungskonzept ist zu beschreiben, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden, um den zum Feststellungszeitpunkt ausgewiesenen Fehlbedarf abzubauen und um zu verhindern, dass in den Folgejahren ein neuer Fehlbedarf entsteht. Das Konzept muss außerdem einen Bericht enthalten, in dem jährlich geprüft wird, ob die eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen wirksam waren.

Der Rat beschließt das Haushaltssicherungskonzept spätestens zusammen mit der Haushaltssatzung, und die Satzung sowie das Konzept sind der Kommunalaufsicht

vorzulegen. Das Konzept ist integraler Bestandteil des Haushaltsplans und muss jedes Jahr im Zuge der Haushaltsaufstellung aktualisiert und fortgeschrieben werden.

2. Aktuelle Haushaltssituation der Gemeinde Hürtgenwald

Die finanzielle Lage der Gemeinde Hürtgenwald ist seit Jahren kritisch. Die Tendenz des fortschreitenden Eigenkapitalverzehrs hat sich durch die neuen bilanziellen Abgrenzungsmöglichkeiten der letzten Jahre (Corona-Pandemie, russischer Angriffskrieg auf die Ukraine, Starkregenereignis, Energiekrise usw.) und die teilweise Altschuldenübernahme durch das Land NRW auf den ersten Blick zwar entspannt, jedoch belasten die eingangs erwähnten Abgrenzungen Folgejahre. Eine Entlastung des kommunalen Haushalts erfolgte lediglich einmalig im Jahr der Abgrenzung. Zusätzlich steigen die Umlagen an den Kreis Düren und kommunale Zweckverbände für Wasserversorgung und Schulen in erheblichem Umfang. Die Erhöhung des Eigenkapitals, die durch die Altschuldenübernahme erfolgt, ist ebenfalls lediglich ein einmaliger Vorgang. Damit kann das strukturelle Defizit der Gemeinde Hürtgenwald nur scheinbar, nicht aber dauerhaft, verbessert werden.

Da der kommunale Haushalt im Wesentlichen durch pflichtige Aufgaben bestimmt wird, besteht Einsparpotential lediglich in sehr eingeschränktem Umfang. In der Folge sind Aufwandsminderungen lediglich durch sehr schmerzhafte Entscheidungen möglich. Gleiches gilt für Maßnahmen, die auf höhere Erträge abzielen. Die größte selbstbestimmte Einnahmequelle der Gemeinde Hürtgenwald sind hier die sogenannten Realsteuern. Diese wurden zuletzt in folgender Höhe festgesetzt:

Grundsteuer A	870 v. H.
Grundsteuer B	950 v. H.
Gewerbesteuer	510 v. H.

Die Gemeinde Hürtgenwald kann einen nachhaltigen Haushaltsausgleich und eine solide Eigenkapitalausstattung nur erreichen, wenn die Hebesätze für die Realsteuern deutlich angehoben werden. Das bedeutet, dass sowohl die Grundsteuer A als auch die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer höhere Hebesätze erhalten müssen. Im Haushaltsentwurf 2026 werden deshalb folgende Hebesätze zu Grunde gelegt:

Grundsteuer A	990 v. H.
Grundsteuer B	1.295 v. H.
Gewerbesteuer	550 v. H.

Am Beispiel der Grundsteuer B zeigt sich, in welcher Peripherie sich die notwendige Erhöhung bewegt: Durch die Grundsteuerreform im letzten Jahr hätte ein Hebesatz von 1.092 v.H. im Vergleich zu 2024 das gleiche Steueraufkommen gebracht. Der im

Haushaltsplan 2026 angesetzte Hebesatz liegt bei 1.295 v.H. Das entspricht einer Steigerung von 203 Hebesatz-Punkten (1.295 – 1.092 = 203) bzw. einer Erhöhung von etwa 18,6 % gegenüber dem aufkommensneutralen Satz (203 ÷ 1.092 × 100 ≈ 18,6 %). Auch die Hebesätze der Grundsteuer A und der Gewerbesteuer müssen in vergleichbarer Weise angepasst werden, damit die Gemeinde ihre laufenden Aufwendungen decken und künftige Defizite vermeiden kann.

Für einen dauerhaften Ausgleich muss die Gemeinde in den folgenden Jahren jedes Jahr die Hebesätze weiter anheben – und zwar über dem Maß der normalen Teuerung/Inflation:

- Bei den Grundsteuern A und B soll der Hebesatz jedes Jahr um 5 % steigen. Eine Überprüfung der Grundsteuern ist für das Jahr 2031 vorgesehen.
- Bei der Gewerbesteuer soll der Hebesatz nach der Erhöhung in 2026 zunächst konstant bleiben, um potenzielle Unternehmen nicht abzuschrecken. Eine Überprüfung der Gewerbesteuer ist für das Jahr 2031 vorgesehen. Denn dann sollte bekannt sein, in welchem Umfang der erste Bauabschnitt des Gewerbegebiets Germeter zusätzliche Erträge bringt.

Da diese Steigerungen höher liegen als die durchschnittliche Inflation der letzten Jahre, tragen sie nachhaltig zur Reduzierung des Fehlbedarfs bei und verhindern das Entstehen neuer Fehlbedarfe.

Darüber hinaus werden im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts weitere Maßnahmen diskutiert bzw. beschlossen werden müssen, die u.a. bereits im letzten Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Hürtgenwald auf der Agenda standen. Hierzu gehören folgende Themen:

- Erträge erhöhen
    - Verwaltungsgebührensatzung überarbeiten
    - Pachtentgelte anpassen
    - Nutzungsentgelte Dorfgemeinschaftshäuser, Aulen, Sportstätten, Grillanlagen festsetzen bzw. Übertragung an Vereine
    - Hebesätze Realsteuern erhöhen
    - Übernachtungssteueratzung überarbeiten bzw. Besteuerung an Nachbarkommunen anpassen (höhere Steuersätze bereits in den Jahren 2026 ff. eingeplant)
    - Zweitwohnungssteuersatzung überarbeiten
    - Hundesteuersatzung überarbeiten

- Aufwand senken
    - Versicherungen (Verträge kündigen, Leistungsumfang reduzieren)
    - Verkleinerung des Gemeinderats
    - weitere Optimierung der Beschaffung (Interkommunale Zusammenarbeit, Rahmenverträge)

- Standards in gemeindlichen Liegenschaften senken (Raumtemperatur, Reinigung)
- Budgetierung der Löschgruppen
- Schülerbeförderung (mind. teilweise ÖPNV statt Schülerspezialverkehr)
- Zuschüsse an Vereine reduzieren (Bewirtschaftung, Jugendförderung)
- Digitalisierung der gemeindlichen Printmedien

2.1 Entwicklung der Einwohner- und Schülerzahlen

Der Kreis Düren hat sich mit seinen 15 Kommunen vorgenommen, seine Einwohnerzahl um rund zehn Prozent zu steigern und die Zahl von 300.000 zu überspringen. Die Gemeinde Hürtgenwald leistet hierzu ihren Beitrag durch die Schaffung von Baugebieten und Abmietung von Wohnraum, der nicht mehr zur Beseitigung von Obdachlosigkeit (insbesondere bei Flüchtlingen) benötigt wird. Im Ergebnis steht eine konstante Einwohnerzahl oberhalb von 9.000.

Auch die Schülerzahlen zeigen sich inzwischen auf konstant hohem Niveau. Neben den etablierten Grundschulen erscheint nun auch der Teilstandort Kleinhau der Sekundarschule Nordeifel gesichert.

Im Übrigen wird auf den Vorbericht zum Haushaltsplan 2026 verwiesen.

2.3 Entwicklung der Steuereinnahmen

Die Steuern und ähnlichen Abgaben der Gemeinde Hürtgenwald steigen insgesamt von 12,7 Millionen Euro im Jahr 2025 auf 15,1 Millionen Euro im Jahr 2026 – das entspricht einer Erhöhung von 2,4 Millionen Euro.

Die wesentlichen Entwicklungen nach Steuerarten lauten wie folgt:

- Die Grundsteuer B steigt von 3,0 Millionen Euro im Jahr 2025 auf 4,0 Millionen Euro im Jahr 2026 – das entspricht einer Erhöhung von 1,0 Million Euro und hängt im Wesentlichen mit der Erhöhung des Hebesatzes zusammen.
- Die Gewerbesteuer steigt von 2,4 Millionen Euro im Jahr 2025 auf 3,2 Millionen Euro im Jahr 2026 – das entspricht einer Erhöhung von 0,8 Millionen Euro und hängt mit der konjunkturellen Lage sowie der Erhöhung des Hebesatzes in 2026 zusammen.
- Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer steigt von 6,0 Millionen Euro im Jahr 2025 auf 6,6 Millionen Euro im Jahr 2026 – das entspricht einer Erhöhung von 0,6 Millionen Euro.
- Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer und die Leistungen aus dem Familienleistungsausgleich bleiben jeweils konstant bei 0,3 Millionen Euro bzw. 0,6 Millionen Euro.

2.4 Entwicklung der Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen stellen mit 17,1 Millionen Euro im Jahr 2026 den größten Aufwandsblock im Haushalt der Gemeinde Hürtgenwald dar – und damit die größte Belastung für die Haushaltsführung. Im Vergleich zu den rund 15,2 Mio. Euro aus 2025 lässt sich hier also eine Erhöhung um rund 1,9 Millionen Euro bzw. über 11 % beobachten.

Im Jahr 2025 betrugen die ordentlichen Erträge der Gemeinde rund 27,9 Millionen Euro, im Jahr 2026 sind rund 30,7 Millionen Euro geplant. Dies entspricht einer Steigerung um rund 2,8 Millionen Euro bzw. rund 10 %.

Damit entfallen im Jahr 2025 rund 55 Prozent und im Jahr 2026 rund 56 Prozent der ordentlichen Erträge auf Transferaufwendungen – das heißt: jährlich fließt deutlich mehr als die Hälfte des kommunalen Haushalts an Erträgen in Transferleistungen.

Die wesentlichen Entwicklungen nach Transferarten lauten wie folgt:

- Die Kreisumlage allgemein steigt von 4,8 Millionen Euro im Jahr 2025 auf 5,2 Millionen Euro im Jahr 2026 – das entspricht einer Erhöhung von 0,4 Millionen Euro.
- Die Kreisumlage Jugendamt steigt von 5,4 Millionen Euro im Jahr 2025 auf 5,9 Millionen Euro im Jahr 2026 – das entspricht einer Erhöhung von 0,5 Millionen Euro.
- Die VHS-Umlage zeigt sich konstant und die neue ÖPNV-Umlage schlägt mit 0,7 Millionen Euro im Jahr 2026 zu Buche.
- Die Umlagen für kommunale Zweckverbände (Wasser, Abwasser und Schulen) steigen von 3,6 Millionen Euro im Jahr 2025 auf 3,8 Millionen Euro im Jahr 2026 – das entspricht einer Erhöhung von 0,2 Millionen Euro.

Die mittelfristige Finanzplanung (Jahre 2027 bis 2029) geht bei den Transferaufwendungen von weiteren, spürbaren Erhöhungen im deutlich sechsstelligen Bereich aus – insbesondere bei den Umlagen an den Kreis Düren sowie die kommunalen Zweckverbände.

3. Haushaltsentwicklung 2026 – 2036

Am 19.2.2026 wird der Haushaltsplan des Jahres 2026 – inklusive des Haushaltssicherungskonzepts 2026 bis 2036 – in den Gemeinderat eingebracht. Im Entwurf weist die Ergebnisplanung für das Jahr 2026 einen Fehlbetrag in Höhe von rund 1,4 Millionen Euro aus.

Bis zum Ende der mittelfristigen Finanzplanung ist vorgesehen, diesen Fehlbetrag zu halbieren und in den darauffolgenden Jahren kontinuierlich um jeweils rund 100.000 Euro

pro Jahr abzuschmelzen – bis im zehnten Haushaltsjahr nach 2026, also im Jahr 2036, erstmals wieder ein positives Jahresergebnis erwartet wird.

Das Eigenkapital entwickelt sich parallel zu den Fehlbeträgen. Durch die Altschuldenübernahme steigt es in 2026 zunächst stark an und sinkt in den Folgejahren kontinuierlich ab; dabei stabilisiert es sich bis 2036 auf über 4 Millionen Euro – s. Anlage Eigenkapitalspiegel.

Im Ergebnis erscheint das Haushaltssicherungskonzept nach den Vorgaben der Gemeindeordnung genehmigungsfähig.

Die Planungen für die Jahre 2026 ff. bauen auf den bisherigen Haushalten auf. Ansätze beruhen auf Basis staatlicher Vorgaben (GFG-Zahlen 2026 bis 2029) und gemeindlicher Erfahrungen (Personal- und Sachkostensteigerungen usw.). Alle Planungen sind konservativ und vorsichtig, um die Haushaltslage möglichst ungeschönt darzustellen.

4. Maßnahmen im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes

Das Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Hürtgenwald enthält 17 Maßnahmenvorschläge der Verwaltung zur gezielten Aufwandsminderung und Ertragssteigerung – diese müssen zunächst im Gemeinderat beraten und beschlossen werden, bevor konkrete Minderaufwendungen oder Mehrerträge wirksam werden können. Zu den Vorschlägen im Einzelnen wird auf die entsprechenden Anlagen verwiesen.

X	X
Stephan Cranen Bürgermeister	Joachim Hannen Allgemeiner Vertreter und Kämmerer

Kommune 9 Gemeinde Hürtgenwald

HSK Ergebnisplan

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1	Steuern und ähnliche Abgaben	13.760.793,39	12.700.100	15.126.316	15.691.047	16.364.834	17.032.194	18.692.100	19.604.100	20.494.100	21.439.000	22.407.100	23.432.100	24.514.100
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.698.666,02	5.732.329	6.387.440	6.800.431	6.127.885	5.228.741	5.645.507	5.789.656	5.881.476	5.965.446	6.071.443	6.146.096	6.232.394
3	+ Sonstige Transfererträge	48.847,29	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.196.945,14	5.830.509	5.732.486	5.824.748	5.968.651	6.049.651	5.912.123	5.918.789	5.918.469	5.914.529	5.910.079	5.907.579	5.905.094
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	296.412,23	2.386.671	890.454	1.090.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	732.177,98	751.414	577.907	584.407	556.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	795.578,44	427.015	1.925.240	1.726.090	2.722.990	3.411.280	404.650	403.860	401.230	399.020	357.780	356.810	355.859
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	15.748,00												
9	+/- Bestandsveränderungen	18.830,82												
10	= Ordentliche Erträge	26.563.999,31	27.869.938	30.681.743	31.759.077	32.892.821	33.435.327	32.367.841	33.429.866	34.408.736	35.431.456	36.459.863	37.556.046	38.720.908
11	- Personalaufwendungen	3.976.440,46	4.710.400	5.071.960	5.223.330	5.379.050	5.540.300	5.706.529	5.881.695	6.062.036	6.247.652	6.438.724	6.635.415	6.813.875
12	- Versorgungsaufwendungen	622.205,68	559.900	610.000	628.300	647.210	666.630	686.631	707.228	728.445	750.298	772.807	795.993	819.870
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.722.696,00	4.902.330	4.729.554	4.272.193	4.254.118	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.493.584,60	2.372.271	2.814.569	3.099.155	3.156.757	2.390.602	2.279.131	2.239.106	2.195.576	2.112.096	2.046.183	1.935.686	1.851.021
15	- Transferaufwendungen	14.577.208,69	15.182.756	17.101.015	18.016.816	18.834.413	19.202.099	19.409.684	19.620.384	19.829.284	20.040.284	20.254.584	20.471.284	20.690.184
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.163.017,08	1.753.875	1.635.408	1.635.592	1.609.662	1.678.792	1.678.792	1.678.792	1.678.792	1.678.792	1.678.792	1.678.792	1.678.792
17	= Ordentliche Aufwendungen	27.555.152,51	29.481.532	31.962.506	32.875.386	33.881.210	33.758.389	34.040.733	34.407.171	34.774.099	35.109.088	35.471.056	35.797.136	36.133.708
18	**= Ordentliches Ergebnis** (= Zeilen 10 und 17)	**-991.153,20**	**-1.611.594**	**-1.280.763**	**-1.116.309**	**-988.389**	**-323.062**	**-1.672.892**	**-977.305**	**-365.363**	**322.368**	**988.807**	**1.758.910**	**2.587.200**
19	+ Finanzerträge	41.873,19	39.600	38.200	37.000	37.000	37.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	450.530,17	781.300	762.600	945.000	949.200	957.000	1.102.100	1.110.100	1.083.100	1.056.100	1.032.100	1.010.100	998.100
21	**= Finanzergebnis** (= Zeilen 19 und 20)	**-408.656,98**	**-741.700**	**-724.400**	**-908.000**	**-912.200**	**-920.000**	**-1.080.100**	**-1.088.100**	**-1.061.100**	**-1.034.100**	**-1.010.100**	**-988.100**	**-976.100**
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** (= Zeilen 18 und 21)	**-1.399.810,18**	**-2.353.294**	**-2.005.163**	**-2.024.309**	**-1.900.589**	**-1.243.062**	**-2.752.992**	**-2.065.405**	**-1.426.463**	**-711.732**	**-21.293**	**770.810**	**1.611.100**
23	+ Außerordentliche Erträge													
24	- Außerordentliche Aufwendungen													
25	**= Außerordentliches Ergebnis** (= Zeilen 23 und 24)													
26	**= Jahresergebnis** (= Zeilen 22 und 25)	**-1.399.810,18**	**-2.353.294**	**-2.005.163**	**-2.024.309**	**-1.900.589**	**-1.243.062**	**-2.752.992**	**-2.065.405**	**-1.426.463**	**-711.732**	**-21.293**	**770.810**	**1.611.100**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgem und Aufwendungen mit der aktuellen Rücklage													
27	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	-38.910,13												
28	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	-112.665,68												
29	**Verrechnungssaldo** (= Zeilen 27 und 28)	**73.755,55**												

	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035	2036
Jahresergebnis	-1.399.810	-2.353.294	-2.005.163	-2.024.309	-1.900.589	-1.243.062	-2.752.992	-2.065.405	-1.426.463	-711.732	-21.293	770.810	1.611.100
- globaler Minderaufwand			580.000	580.000	580.000	580.000	372.000	372.000	372.000	372.000	372.000	372.000	372.000
Jahresergebnis (abzügl. globaler Minderaufwand)	**-1.399.810**	**-1.773.294**	**-1.425.163**	**-1.444.309**	**-1.320.589**	**-663.062**	**-2.380.992**	**-1.693.405**	**-1.054.463**	**-339.732**	**350.707**	**1.142.810**	**1.983.100**

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

HSK Finanzplan

		Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1.		Steuern und ähnliche Abgaben	13.445.240,26	12.700.100	15.126.316	15.691.047	16.364.834	17.032.194	18.692.100	19.604.100	20.494.100	21.439.000	22.407.100	23.432.100	24.514.100
2.	+	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.620.652,19	4.734.630	4.919.964	5.190.486	4.508.111	4.454.607	4.573.960	4.695.960	4.822.960	4.953.960	5.089.960	5.229.960	5.375.960
3.	+	Sonstige Transfereinzahlungen	61.713,74	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900
4.	+	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.692.507,58	5.296.600	5.198.650	5.343.050	5.490.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566
5.	+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	412.242,22	2.386.671	890.454	1.090.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454
6.	+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	832.980,42	751.414	577.907	584.407	556.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107
7.	+	Sonstige Einzahlungen	825.547,00	297.500	1.803.100	1.603.100	2.603.100	3.303.100	303.100	303.100	303.100	303.100	303.100	303.100	303.100
8.	+	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	99.254,81	539.600	38.200	37.000	37.000	37.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000
9.	**=**	**Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**24.990.138,22**	**26.748.415**	**28.596.491**	**29.581.444**	**30.712.072**	**32.111.928**	**30.876.187**	**31.910.187**	**32.927.187**	**34.003.087**	**35.107.187**	**36.272.187**	**37.500.187**
10.	-	Personalauszahlungen	3.928.874,16	4.321.600	4.683.420	4.823.060	4.966.740	5.115.620	5.269.104	5.431.157	5.597.976	5.769.665	5.946.403	6.128.324	6.291.567
11.	-	Versorgungsauszahlungen	602.880,30	559.900	610.000	628.300	647.210	666.630	686.631	707.228	728.445	750.298	772.807	795.993	819.870
12.	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.690.254,23	4.902.330	4.729.554	4.272.193	4.254.118	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966
13.	-	Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	400.088,74	835.900	762.600	945.000	949.200	957.000	1.102.100	1.110.100	1.083.100	1.056.100	1.032.100	1.010.100	998.100
14.	-	Transferauszahlungen	15.002.503,64	15.182.756	17.101.015	18.016.816	18.834.413	19.202.099	19.409.684	19.620.384	19.829.284	20.040.284	20.254.584	20.471.284	20.690.184
15.	-	Sonstige Auszahlungen	1.555.767,99	1.752.875	1.630.548	1.631.092	1.605.162	1.674.292	1.677.792	1.677.792	1.677.792	1.677.792	1.677.792	1.677.792	1.677.792
16.	**=**	**Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**25.180.369,06**	**27.555.361**	**29.517.137**	**30.316.461**	**31.256.843**	**31.895.607**	**32.425.277**	**32.826.627**	**33.196.563**	**33.574.105**	**33.963.652**	**34.363.459**	**34.757.479**
17.	**=**	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-190.230,84**	**-806.946**	**-920.646**	**-735.017**	**-544.771**	**216.321**	**-1.549.090**	**-916.440**	**-269.376**	**428.982**	**1.143.535**	**1.908.728**	**2.742.708**
18.	+	Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	3.102.576,18	3.651.500	3.483.815	11.977.012	3.222.710	1.006.774	2.654.000	2.261.000	2.320.000	2.381.000	2.444.000	2.509.000	2.577.000
19.	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	297.327,18												
20.	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	96.293,00												
21.	+	Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	123.960,00	2.914.000	2.206.000	627.000	1.220.000		800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000
22.	+	Sonstige Investitionseinzahlungen	15.535,55			1.040.600	1.040.600								
23.	**=**	**Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**3.635.691,91**	**6.565.500**	**5.689.815**	**13.644.612**	**5.483.310**	**1.006.774**	**3.454.000**	**3.061.000**	**3.120.000**	**3.181.000**	**3.244.000**	**3.309.000**	**3.377.000**
24.	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	863.408,37	1.370.000	3.185.000	1.700.000	1.720.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000
25.	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	6.213.057,21	7.027.000	4.364.535	12.937.232	5.723.930	723.494	1.600.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
26.	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen	640.505,72	1.272.580	2.218.005	1.472.280	408.780	383.780	658.780	658.780	658.780	658.780	658.780	658.780	658.780
27.	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	162.500,00		29.700	15.000	15.000								
28.	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen													
29.	-	Sonstige Investitionsauszahlungen	1.167,12												
30.	**=**	**Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**7.880.638,42**	**9.669.580**	**9.797.240**	**16.124.512**	**7.867.710**	**2.797.274**	**3.948.780**	**3.348.780**	**3.348.780**	**3.348.780**	**3.348.780**	**3.348.780**	**3.348.780**
31.	**=**	**Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)**	**-4.244.946,51**	**-3.104.080**	**-4.107.425**	**-2.479.900**	**-2.384.400**	**-1.790.500**	**-494.780**	**-287.780**	**-228.780**	**-167.780**	**-104.780**	**-39.780**	**28.220**
32.	**=**	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)**	**-4.435.177,35**	**-3.911.026**	**-5.028.071**	**-3.214.917**	**-2.929.171**	**-1.574.179**	**-2.043.870**	**-1.204.220**	**-498.156**	**261.202**	**1.038.755**	**1.868.948**	**2.770.928**
33.	+	Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	11.591.270,23	12.191.100	7.401.722	3.200.000	10.000.000	8.000.000	1.500.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
34.	-	Tilgung und Gewährung von Darlehen	7.805.049,01	5.007.400	4.084.100	3.332.800	7.920.200	5.930.100	4.007.000	8.000.000	9.200.000	2.450.000	1.750.000	1.630.000	1.550.000
35.	**=**	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	**3.786.221,22**	**7.183.700**	**3.317.622**	**-132.800**	**2.079.800**	**2.069.900**	**-2.507.000**	**-7.000.000**	**-8.200.000**	**-1.450.000**	**-750.000**	**-630.000**	**-550.000**
36.	**=**	**Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 35)**	**-648.956,13**	**3.272.674**	**-1.710.449**	**-3.347.717**	**-849.371**	**495.721**	**-4.550.870**	**-8.204.220**	**-8.698.156**	**-1.188.798**	**288.755**	**1.238.948**	**2.220.928**
37.	+	Anfangsbestand an Finanzmitteln	3.367.724,12	2.718.768	5.991.442	4.280.993	933.276	83.905	579.626	-3.971.244	-12.175.464	-20.873.620	-22.062.418	-21.773.663	-20.534.715
38.	**=**	**Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37)**	**2.718.767,99**	**5.991.442**	**4.280.993**	**933.276**	**83.905**	**579.626**	**-3.971.244**	**-12.175.464**	**-20.873.620**	**-22.062.418**	**-21.773.663**	**-20.534.715**	**-18.313.787**

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

HSK Ergebnisplan

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1	Steuern und ähnliche Abgaben	13.760.793,39	12.700.100	15.126.316	15.691.047	16.364.834	17.032.194	18.692.100	19.604.100	20.494.100	21.439.000	22.407.100	23.432.100	24.514.100
	40 110 00 Grundsteuer A	174.698,12	170.000	201.000	201.000	203.001	202.000	202.000	203.000	203.000	203.000	205.000	204.000	204.000
	40 120 00 Grundsteuer B	3.222.790,90	2.964.000	3.972.000	4.250.000	4.546.000	4.844.000	5.151.000	5.478.000	5.825.000	6.206.900	6.586.000	7.003.000	7.448.000
	40 130 00 Gewerbesteuer	3.527.244,92	2.424.000	3.218.000	3.297.000	3.368.000	3.459.000	4.338.000	4.538.000	4.674.000	4.814.000	4.959.000	5.108.000	5.261.000
	40 210 00 Gemeindeanteil Einkommensteuer	5.738.418,60	6.019.000	6.594.815	6.759.685	7.009.793	7.255.136	7.667.000	8.020.000	8.392.000	8.781.000	9.188.000	9.613.000	10.059.000
	40 220 00 Gemeindeanteil Umsatzsteuer	330.185,01	328.000	337.506	345.944	358.744	371.300	390.000	398.000	408.000	417.000	427.000	436.000	446.000
	40 310 00 Vergnügungssteuer	0,00	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	40 320 00 Hundesteuer	120.370,80	128.000	128.000	128.000	128.000	128.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000
	40 340 00 Zweitwohnungssteuer	4.698,98	8.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
	40 350 00 Kulturförderabgabe/Übernachtungssteuer	66.746,50	66.000	89.000	109.000	129.000	129.000	124.000	125.000	127.000	128.000	129.000	130.000	132.000
	40 350 10 Übernachtungssteuer Vorjahre	5.432,50	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	40 510 00 Leist. Familienleistungsausgleich	570.207,06	593.000	576.895	591.318	613.196	634.658	691.000	713.000	736.000	760.000	784.000	809.000	835.000
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.698.666,02	5.732.329	6.387.440	6.800.431	6.127.885	5.228.741	5.645.507	5.789.656	5.881.476	5.965.446	6.071.443	6.146.096	6.232.394
	41 110 00 Schlüsselzuweisungen Land	2.388.447,00	2.455.000	3.006.604	3.081.769	3.195.794	3.307.647	3.427.000	3.549.000	3.676.000	3.807.000	3.943.000	4.083.000	4.229.000
	41 300 00 Allg. Zuw. Bund	25.350,00	21.200	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350
	41 310 00 Allg. Zuw. Land	19.049,99	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	41 410 00 Zuw. lfd. Zwecke Land	2.073.331,53	1.965.830	1.508.010	1.700.367	994.367	829.010	829.010	829.010	829.010	829.010	829.010	829.010	829.010
	41 410 90 Zuw. lfd. zweckbezogen Land	0,00	0	87.400	90.400	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	41 420 00 Zuw. lfd. Zwecke Gemeinden	95.602,00	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000
	41 470 00 Zuw. lfd. Zwecke priv. UN	114.222,39	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
	41 480 00 Zuw. lfd. Zwecke übrige Bereiche	0,00	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600
	41 610 00 Aufl. SoPo Zuw.	982.663,11	997.699	1.467.476	1.609.945	1.619.774	774.134	1.071.547	1.093.696	1.058.516	1.011.486	981.483	916.136	856.434
3	+ Sonstige Transfererträge	48.847,29	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900
	42 110 10 Ersatz von Kostenbeiträge, Kostenersatz	9.423,16	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500
	42 130 10 E. Leistungen von Sozialleistungsträgern	38.224,13	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000
	42 910 00 Andere sonst. Transfererträge	1.200,00	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.196.945,14	5.830.509	5.732.486	5.824.748	5.968.651	6.049.651	5.912.123	5.918.789	5.918.469	5.914.529	5.910.079	5.907.579	5.905.094
	43 110 00 Verwaltungsgebühren	94.642,26	115.300	112.100	112.100	114.100	114.100	114.100	114.100	114.100	114.100	114.100	114.100	114.100
	43 210 00 Benutzungsgebühren/ähnl. Entgelte	1.042.340,87	1.116.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000
	43 214 20 Niederschlagswassergebühr	799.770,50	865.000	873.700	910.400	952.992	952.992	952.992	952.992	952.992	952.992	952.992	952.992	952.992
	43 214 30 Niederschlagswassergebühr VJ	1.173,38	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	43 214 40 Winterdienstgebühr	117.707,76	175.000	176.800	178.600	195.000	195.000	195.000	195.000	195.000	195.000	195.000	195.000	195.000
	43 214 60 Kostenerstattung Feuerwehr	0,00	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
	43 214 70 Kostenerstattung Feuerwehr VJ	0,00	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	43 215 50 Gebührenerstattung Brandschau	1.917,00	600	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	43 221 00 Restabfall	602.201,30	681.000	600.000	600.000	600.000	681.000	681.000	681.000	681.000	681.000	681.000	681.000	681.000

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

HSK Ergebnisplan

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	43 221 10 Restabfallsäcke, Sperrmüllkarten pp.	25.955,30	24.000	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000	26.000
	43 221 50 Bioabfall	158.294,70	166.000	172.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000
	43 222 00 Schmutzwassergebühr	1.631.876,78	1.755.000	1.772.600	1.847.000	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524
	43 223 00 Grundstücksentwässerungsanlagen	29.649,60	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700
	43 224 00 Nutzungsrechte an Grabstätten	69.996,52	180.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
	43 224 10 Grabentfernungen	7.569,00	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
	43 611 60 Kanalanschlussbeitrag	2.500,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	43 613 00 Beiträge offene Ganztagsschulen	107.722,50	137.000	209.250	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750
	43 710 00 Aufl. SoPo Beiträge	334.256,30	337.319	333.890	333.890	333.890	333.890	340.557	347.223	346.903	342.963	338.513	336.013	333.528
	43 810 00 Aufl. SoPo Gebührenausgleich	169.371,37	196.590	199.946	147.808	144.195	144.195	0	0	0	0	0	0	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	296.412,23	2.386.671	890.454	1.090.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454
	44 110 00 Mieten und Pachten	231.760,16	560.671	571.371	571.371	591.371	591.371	591.371	591.371	591.371	591.371	591.371	591.371	591.371
	44 110 20 Mieten und Pachten VJ	160,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	44 210 00 Erträge aus Verkauf	46.081,41	1.786.000	291.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000
	44 210 01 Erträge aus Verkauf 7%	5.625,40	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	44 610 00 Sonst. PR Leistungsentgelte	9.143,74	36.700	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783
	44 611 30 Entgelte Lehrschwimmbecken	3.228,50	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	44 614 00 Rücklastschrift Entgelte	413,02	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	732.177,98	751.414	577.907	584.407	556.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107
	44 800 00 Kostenerstattungen Bund	3.385,79	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50
	44 810 00 Kostenerstattungen Land	47.545,55	10.000	0	5.000	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	44 820 00 Kostenerstattungen Gemeinden	132.805,39	170.300	177.500	178.300	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000
	44 830 00 Kostenerstattungen Zweckverbände	422.000,03	499.390	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040
	44 850 00 Kostenerstattungen verb.UN/Bet.	23.121,42	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018
	44 870 00 Kostenerstattungen priv. UN	46.851,83	33.800	31.633	31.633	31.633	31.633	31.633	31.633	31.633	31.633	31.633	31.633	31.633
	44 871 00 Rückerstattung v. Versicherungen	24.083,20	1.000	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500
	44 880 00 Kostenerstattungen übrige Bereich	23.850,88	21.856	26.166	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866
	44 881 00 Schadensersatzforderungen u. ä.	8.533,89	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	795.578,44	427.015	1.925.240	1.726.090	2.722.990	3.411.280	404.650	403.860	401.230	399.020	357.780	356.810	355.859
	45 110 00 Konzessionsabgaben	230.435,31	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000
	45 440 00 Wertveränderung Sachanlagen	78.000,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	45 520 00 Erträge Abgang Gegenstände UV	0,00	0	1.500.000	1.300.000	2.300.000	3.000.000	0	0	0	0	0	0	0
	45 610 00 Bußgelder	560,13	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	45 611 00 Verwarnungsgeld	2.550,50	5.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
	45 623 00 Säumniszuschläge	111.515,53	47.000	54.000	54.000	54.000	54.000	54.000	54.000	54.000	54.000	54.000	54.000	54.000
	45 625 00 Verspätungszuschlag	2.450,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

HSK Ergebnisplan

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	45 626 00 Stundungszins	756,00	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
	45 627 00 Aussetzungszins	6.737,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	45 710 00 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	131.921,84	129.515	122.140	122.990	119.890	108.180	101.550	100.760	98.130	95.920	54.680	53.710	52.759
	45 820 00 Auflösung Rückstellungen	203.222,26	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	45 831 00 Auflös./Herabsetz.Wertberich.Forderungen	12.447,77	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	45 910 00 Andere sonst. ordentl. Erträge	8.405,40	1.950	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550	1.550
	45 911 10 Spenden	4.189,21	2.050	2.050	2.050	2.050	2.050	2.050	2.050	2.050	2.050	2.050	2.050	2.050
	45 912 10 Ertrag aus niedergeschl. Forderungen	2.387,49	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	15.748,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	47 110 00 Aktivierte Eigenleistungen	15.748,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	+/- Bestandsveränderungen	18.830,82	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	47 210 00 Bestandsveränderungen	18.830,82	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	26.563.999,31	27.869.938	30.681.743	31.759.077	32.892.821	33.435.327	32.367.841	33.429.866	34.408.736	35.431.456	36.459.863	37.556.046	38.720.908
11	- Personalaufwendungen	3.976.440,46	4.710.400	5.071.960	5.223.330	5.379.050	5.540.300	5.706.529	5.881.695	6.062.036	6.247.652	6.438.724	6.635.415	6.813.875
	50 110 00 Dienstaufw. Beamte	571.730,31	584.100	552.900	569.480	586.570	604.160	622.289	640.951	660.180	679.986	700.386	721.394	743.043
	50 120 00 Dienstaufw. tarifl. Besch.	2.575.229,29	2.804.600	3.082.140	3.173.730	3.267.950	3.365.900	3.466.882	3.574.885	3.686.013	3.800.349	3.918.003	4.039.063	4.139.631
	50 190 00 Dienstaufw. sonst. Besch.	0,00	9.400	9.360	9.640	9.920	10.220	10.526	10.842	11.168	11.502	11.848	12.204	12.570
	50 220 00 Beiträge Versorgungsk. tarfil. Besch.	198.107,16	222.200	234.740	241.800	249.040	256.520	264.216	272.142	280.306	288.716	297.377	306.301	315.488
	50 320 00 Beiträge gesetzl. Soz. tarifl. Besch.	549.393,17	615.100	704.290	725.420	747.210	769.640	792.732	816.510	841.007	866.234	892.221	918.996	946.558
	50 410 00 Beihilfen/Unterstützungsleistung	32.663,23	86.200	99.990	102.990	106.050	109.180	112.459	115.827	119.302	122.878	126.568	130.366	134.277
	50 510 00 Zuführung Pensionsrückstellung	-21.051,00	262.600	262.530	270.410	278.520	286.840	295.442	304.306	313.436	322.843	332.529	342.501	352.781
	50 610 00 Zuführung Beihilferückstellung	27.758,00	126.200	126.010	129.860	133.790	137.840	141.983	146.232	150.624	155.144	159.792	164.590	169.527
	50 630 10 Zuführ.Rückstell.Urlaub/Überstunden	40.152,80	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	50 990 00 Pauschale Steuer	2.457,50	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	- Versorgungsaufwendungen	622.205,68	559.900	610.000	628.300	647.210	666.630	686.631	707.228	728.445	750.298	772.807	795.993	819.870
	51 120 00 Versorgungsbez. tarifl. Besch. VE	9.516,43	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	51 210 00 Beiträge Versorgungsk. Beamte	398.128,33	459.900	460.000	473.800	488.070	502.720	517.804	533.336	549.336	565.816	582.790	600.276	618.281
	51 410 00 Beihilfen/Unterstützungsleist. VE	214.560,92	100.000	150.000	154.500	159.140	163.910	168.827	173.892	179.109	184.482	190.017	195.717	201.589
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.722.696,00	4.902.330	4.729.554	4.272.193	4.254.118	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966
	52 020 00 Erhaltene Skonti	-936,41	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	52 151 00 Instandhaltung Grundstücke	580.801,78	1.024.150	667.343	454.918	452.918	452.918	452.918	452.918	452.918	452.918	452.918	452.918	452.918
	52 151 01 Instandhaltung Grundst.19%	3.535,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	52 152 00 Instandhaltung Gebäude	451.412,14	684.050	433.637	213.400	190.400	190.400	190.400	190.400	190.400	190.400	190.400	190.400	190.400
	52 153 00 Instandhaltung Spielplätze	6.705,48	7.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500	4.500
	52 160 10 Instandhaltung Infrastruktur	107.536,36	113.000	197.300	155.400	155.900	155.900	155.900	155.900	155.900	155.900	155.900	155.900	155.900
	52 310 00 Erst. lfd. Verw. Land	14.000,00	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	52 320 00 Erst. lfd. Verw. Gemeinden	1.061,49	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

HSK Ergebnisplan

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	52 330 00 Erst. lfd. Verw. Zweckverbände	46.475,86	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	52 350 00 Erst. lfd. Verw. verb. UN/Bet	5.100,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	52 370 00 Erst. lfd. Verw. priv. UN	5.311,75	4.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
	52 410 00 Bewirtschaftung Grundst.,baul.Anlagen	-9.876,70	87.560	101.160	68.360	68.360	68.360	68.360	68.360	68.360	68.360	68.360	68.360	68.360
	52 410 01 Bewirtschaftung Grundst., baul. Anl. 19%	24.558,45	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	52 410 02 Bewirt. Grundst. baul. Anlagen 7%	3.565,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	52 410 10 Unterhalt./Bewirtsch. Flüchtlingsunterk.	28.884,20	32.000	21.203	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000
	52 411 00 Fremdreinigung	104.303,87	130.120	147.500	151.740	138.190	138.690	138.690	138.690	138.690	138.690	138.690	138.690	138.690
	52 412 10 Verbrauchskosten Strom	374.842,46	346.050	374.010	368.460	369.560	369.560	369.560	369.560	369.560	369.560	369.560	369.560	369.560
	52 412 20 Verbrauchskosten Wasser	42.331,30	47.355	48.180	49.000	50.000	51.000	51.000	51.000	51.000	51.000	51.000	51.000	51.000
	52 412 30 Verbrauchskosten Wärme / Heizung	392.864,66	357.300	399.611	407.150	412.650	418.650	418.650	418.650	418.650	418.650	418.650	418.650	418.650
	52 510 00 Haltung von Fahrzeugen	123.949,65	128.500	143.200	143.500	145.500	147.500	147.500	147.500	147.500	147.500	147.500	147.500	147.500
	52 550 00 Unterhaltung sonst. bewegl. Vermögen	41.209,51	47.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950
	52 700 00 Schülerbeförderung	251.420,02	210.000	220.500	231.525	243.101	243.101	243.101	243.101	243.101	243.101	243.101	243.101	243.101
	52 710 00 Lernmittel	15.921,67	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910
	52 810 00 Aufw. sonst. Sachleistungen	0,00	5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	52 815 00 Aufw. Erwerb Vorräte	10.233,82	42.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000
	52 910 00 Aufw. sonst. Dienstleistungen	832.000,66	1.076.285	1.324.950	1.359.280	1.382.479	1.398.827	1.398.827	1.398.827	1.398.827	1.398.827	1.398.827	1.398.827	1.398.827
	52 910 01 Auf. für sonst. Dienstleistungen 19%	1.896,76	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	52 911 10 Sammlung Altpapier	34.134,39	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000
	52 911 20 Deponieaufwendungen	192.122,85	422.500	405.000	405.000	405.000	405.000	405.000	405.000	405.000	405.000	405.000	405.000	405.000
	52 911 30 Deponieaufwand - wilder Müll	761,10	4.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	52 912 00 Ablesung pp. Hauptzähler	25.495,72	26.500	27.000	27.500	28.100	28.100	28.100	28.100	28.100	28.100	28.100	28.100	28.100
	52 912 10 Aufw. für Zwischenzähler	1.197,17	25.000	34.000	30.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	52 913 00 Dienstleistung Ferienveranstaltungen	9.875,99	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
14	- Bilanzielle Abschreibungen	2.493.584,60	2.372.271	2.814.569	3.099.155	3.156.757	2.390.602	2.279.131	2.239.106	2.195.576	2.112.096	2.046.183	1.935.686	1.851.021
	57 010 00 Abschr. Bilanzierungshilfe NKF-CIG	0,00	0	67.800	67.800	67.800	67.800	67.770	67.770	67.770	67.770	67.770	67.770	67.770
	57 111 00 Abschreibungen auf Immaterielle VM-Gegen	534,00	500	8.825	11.295	11.630	370	2.047	3.703	3.713	3.673	3.333	3.333	3.333
	57 112 00 Abschreibungen auf Aufbauten unbeb. Grun	3.045,00	3.040	2.660	1.910	1.910	1.910	1.910	1.770	1.720	1.300	810	650	522
	57 113 00 Abschreibungen auf bebaute Grundstücke	808.293,60	676.085	1.044.972	1.104.042	1.097.832	840.497	677.410	659.880	656.230	633.500	629.580	616.710	604.129
	57 114 00 Abschreibungen auf Infrastrukturvermögen	1.137.033,18	1.207.226	1.126.343	1.183.071	1.244.007	1.039.116	1.066.888	1.008.270	1.006.030	991.870	940.450	926.080	911.919
	57 115 00 Abschreibungen auf Bauten a. fremden GuB	16.857,36	18.470	19.200	19.120	18.910	16.110	14.120	14.060	13.890	11.820	9.340	2.860	876
	57 117 00 Abschreibungen auf Masch., techn. A, Kfz	239.059,61	249.220	335.163	482.576	472.363	343.889	348.449	359.029	330.419	301.529	308.386	240.839	189.602
	57 118 00 Abschreibungen auf BGA	106.454,06	96.280	209.606	229.341	242.305	80.910	100.537	124.624	115.804	100.634	86.514	77.444	72.870
	57 121 00 Sofortabschreibung GWG	119.281,63	121.450	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	57 310 00 Abschr. Umlaufvermögen	63.026,16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

HSK Ergebnisplan

Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
15 - Transferaufwendungen	14.577.208,69	15.182.756	17.101.015	18.016.816	18.834.413	19.202.099	19.409.684	19.620.384	19.829.284	20.040.284	20.254.584	20.471.284	20.690.184
53 170 00 Zuweis. lfd. Zweckepriv. UN	0,00	0	0	142.857	142.857	0	0	0	0	0	0	0	0
53 180 00 Zuweis. lfd. Zweckeübrige Bereiche	141.245,86	148.185	156.965	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985
53 380 00 Leist. Bildung/Teilhabe	12.630,83	12.000	13.000	14.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
53 390 10 Hilfe zum Lebensunterhalt (Asyl)	571.957,24	585.000	586.000	587.000	588.000	588.000	588.000	588.000	588.000	588.000	588.000	588.000	588.000
53 390 20 Einmalige Beihilfe (Asyl)	1.178,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
53 390 30 Krankenhilfe (Asyl)	30.784,33	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
53 390 40 Krankenhilfe in Einrichtungen (Asyl)	24.625,80	49.999	49.999	49.999	49.999	49.999	49.999	49.999	49.999	49.999	49.999	49.999	49.999
53 390 50 Gemeinnützige Arbeit	0,00	3.000	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500
53 390 60 Dienst- und Schutzkleidung (Asyl)	0,00	750	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500	500
53 390 80 Krankenhilfe §2 ambulant	71.897,19	94.000	95.000	96.000	97.000	97.000	97.000	97.000	97.000	97.000	97.000	97.000	97.000
53 390 90 Krankenhilfe §2 in Einrichtungen	148.138,62	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
53 391 10 Unterkunftskosten (Asyl)	11.637,08	40.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
53 410 00 Gewerbesteuerumlage	217.069,62	190.000	205.000	210.000	214.000	220.000	230.000	241.000	248.000	255.000	263.000	271.000	279.000
53 740 00 Kreisumlage allgemein	4.596.477,50	4.763.000	5.226.358	5.404.054	5.593.196	5.772.179	5.835.700	5.899.900	5.964.800	6.030.400	6.096.700	6.163.800	6.231.600
53 750 00 Kreisumlage, Mehrbelastung Jugendamt	5.294.710,24	5.365.000	5.911.682	6.112.679	6.326.623	6.529.075	6.600.900	6.673.500	6.746.900	6.821.100	6.896.100	6.972.000	7.048.700
53 760 00 Kreisumlage, andere Mehrbelastungen	8.678,47	37.000	751.489	776.020	802.131	826.839	835.900	845.100	854.400	863.800	873.300	882.900	892.600
53 790 00 Zweckverbandsumlagen	3.263.337,54	3.601.250	3.794.950	4.152.250	4.528.850	4.627.250	4.678.200	4.729.600	4.781.600	4.834.100	4.887.300	4.941.000	4.995.300
53 990 00 Sonst. Transferaufwendungen	152.007,00	151.572	151.572	151.572	151.572	151.572	153.200	154.900	156.600	158.300	160.000	161.800	163.600
53 990 20 Abwasserabgabe	30.833,37	40.000	44.000	48.400	53.200	53.200	53.800	54.400	55.000	55.600	56.200	56.800	57.400
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.163.017,08	1.753.875	1.635.408	1.635.592	1.609.662	1.678.792	1.678.792	1.678.792	1.678.792	1.678.792	1.678.792	1.678.792	1.678.792
54 111 00 Personalaufw. Arbeitsschutz /-gesundheit	3.211,05	11.050	11.960	11.600	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800	11.800
54 113 10 Beschäftigtenbetreuung u. Dienstjubiläen	103,78	250	1.000	250	250	250	250	250	250	250	250	250	250
54 114 00 Aufw. Dienst-/Schutzkleidung	14.599,12	71.700	102.200	78.200	78.200	78.200	78.200	78.200	78.200	78.200	78.200	78.200	78.200
54 120 00 Besondere Aufw. Beschäftigte	0,00	500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
54 122 00 Aus- und Fortbildung	48.252,27	63.500	73.300	57.500	58.500	58.500	58.500	58.500	58.500	58.500	58.500	58.500	58.500
54 122 50 Zuschuss Führerschein Feuerwehr	5.300,00	6.000	6.500	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
54 123 00 Reisekosten	14.190,91	17.270	17.290	15.290	15.240	15.240	15.240	15.240	15.240	15.240	15.240	15.240	15.240
54 210 00 Aufw. ehrenamtl./sonst. Tätigkeit	159.115,55	175.700	165.950	171.250	166.000	171.250	171.250	171.250	171.250	171.250	171.250	171.250	171.250
54 210 30 Ortsvorsteherpauschale	1.936,00	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200
54 220 00 Mieten/Pachten	729.874,80	705.250	597.656	626.750	657.250	689.250	689.250	689.250	689.250	689.250	689.250	689.250	689.250
54 230 00 Leasing	3.628,46	6.000	6.000	15.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
54 290 00 Aufw. Inanpruchn. Rechte/Dienste	31.795,47	142.000	76.000	71.100	35.600	35.600	35.600	35.600	35.600	35.600	35.600	35.600	35.600
54 292 00 Sachverständigen-/Gerichts-/ähnl. Auf.	6.295,70	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
54 310 00 Geschäftsaufwendungen	167.326,35	150.746	156.480	151.500	146.920	153.250	153.250	153.250	153.250	153.250	153.250	153.250	153.250
54 310 01 Geschäftsaufwendungen 19%	94,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

HSK Ergebnisplan

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	54 310 02 Geschäftsaufwendungen 7%	300,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	54 311 10 Druck/Vervielfältigung	19.901,87	22.800	21.200	21.200	21.200	21.200	21.200	21.200	21.200	21.200	21.200	21.200	21.200
	54 311 30 Porto	20.443,55	28.840	22.540	27.540	22.540	27.540	27.540	27.540	27.540	27.540	27.540	27.540	27.540
	54 311 40 Telefon	26.371,79	30.001	33.694	33.894	34.394	34.394	34.394	34.394	34.394	34.394	34.394	34.394	34.394
	54 312 00 Sachkosten Ferienaktionen	1.749,06	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	54 312 10 Zentrale Seniorennachmittag	3.157,70	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
	54 450 10 Kfz-Steuer	1.893,15	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800
	54 450 40 Aufw. Kapitalertragsteuer	2.737,40	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
	54 451 00 Beiträge Wirtschaftsverbänden	86.808,20	118.458	125.608	125.608	125.608	132.808	132.808	132.808	132.808	132.808	132.808	132.808	132.808
	54 451 01 Beiträge Wirtschaftsverbänden 19%	762,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	54 460 00 Versicherungen	153.891,95	143.200	156.090	159.840	161.090	174.340	174.340	174.340	174.340	174.340	174.340	174.340	174.340
	54 460 10 Kfz-Versicherungen	17.612,65	19.885	20.940	21.070	21.070	21.170	21.170	21.170	21.170	21.170	21.170	21.170	21.170
	54 735 00 Niederschlagung	3.898,86	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	54 736 00 Erlass	116,16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	54 910 00 Verfügungsmittel	2.610,35	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	54 910 10 Repräsentationsaufwendungen	5.858,25	6.925	8.200	8.200	8.200	8.200	8.200	8.200	8.200	8.200	8.200	8.200	8.200
	54 912 10 Preisverleihungen	1.290,00	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300
	54 920 00 Fraktionszuwendungen	2.925,00	6.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	54 971 00 Abführung Gebührenüberschuss	624.421,72	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	54 990 00 Übrige weitere sonst. Aufwendungen	543,96	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	= Ordentliche Aufwendungen	27.555.152,51	29.481.532	31.962.506	32.875.386	33.881.210	33.758.389	34.040.733	34.407.171	34.774.099	35.109.088	35.471.056	35.797.136	36.133.708
18	**= Ordentliches Ergebnis** (= Zeilen 10 und 17)	**-991.153,20**	**-1.611.594**	**-1.280.763**	**-1.116.309**	**-988.389**	**-323.062**	**-1.672.892**	**-977.305**	**-365.363**	**322.368**	**988.807**	**1.758.910**	**2.587.200**
19	+ Finanzerträge	41.873,19	39.600	38.200	37.000	37.000	37.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000
	46 150 00 Zinserträge verb.UN/Bet.	14.593,42	14.600	15.000	15.000	15.000	15.000	0	0	0	0	0	0	0
	46 170 00 Zinserträge Kreditinstitute	6.853,82	3.000	1.200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	46 210 00 Verzinsung Gewerbesteuer	3.128,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	46 510 00 Gewinnanteile verb. UN	17.297,95	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	450.530,17	781.300	762.600	945.000	949.200	957.000	1.102.100	1.110.100	1.083.100	1.056.100	1.032.100	1.010.100	998.100
	55 170 00 Zinsaufw. Kreditinstitute	442.754,26	781.200	762.500	944.900	949.100	956.900	1.102.000	1.110.000	1.083.000	1.056.000	1.032.000	1.010.000	998.000
	55 990 00 Gewerbesteuer-Erstattungszins	2.626,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	55 990 10 Sonst. Finanzaufwendungen	5.149,91	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
21	**= Finanzergebnis** (= Zeilen 19 und 20)	**-408.656,98**	**-741.700**	**-724.400**	**-908.000**	**-912.200**	**-920.000**	**-1.080.100**	**-1.088.100**	**-1.061.100**	**-1.034.100**	**-1.010.100**	**-988.100**	**-976.100**
22	**= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** (= Zeilen 18 und 21)	**-1.399.810,18**	**-2.353.294**	**-2.005.163**	**-2.024.309**	**-1.900.589**	**-1.243.062**	**-2.752.992**	**-2.065.405**	**-1.426.463**	**-711.732**	**-21.293**	**770.810**	**1.611.100**
25	**= Außerordentliches Ergebnis** (= Zeilen 23 und 24)	**0,00**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

HSK Ergebnisplan

	Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
26	**= Jahresergebnis** (= Zeilen 22 und 25)	**-1.399.810,18**	**-2.353.294**	**-2.005.163**	**-2.024.309**	**-1.900.589**	**-1.243.062**	**-2.752.992**	**-2.065.405**	**-1.426.463**	**-711.732**	**-21.293**	**770.810**	**1.611.100**
	Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgem und Aufwendungen mit der aktuellen Rücklage													
27	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	-38.910,13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	91 101 00 Verr. Erträge VG	-38.910,13	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
28	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	-112.665,68	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	91 103 00 Verr. Aufwendungen VG	-112.665,68	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
29	**Verrechnungssaldo** (= Zeilen 27 und 28)	**73.755,55**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

HSK Finanzplan

	Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	13.445.240,26	12.700.100	15.126.316	15.691.047	16.364.834	17.032.194	18.692.100	19.604.100	20.494.100	21.439.000	22.407.100	23.432.100	24.514.100
	60 110 00 Einz. Grundsteuer A	175.634,52	170.000	201.000	201.000	203.001	202.000	202.000	203.000	203.000	203.000	205.000	204.000	204.000
	60 120 00 Einz. Grundsteuer B	3.212.362,67	2.964.000	3.972.000	4.250.000	4.546.000	4.844.000	5.151.000	5.478.000	5.825.000	6.206.900	6.586.000	7.003.000	7.448.000
	60 130 00 Einz. Gewerbesteuer	3.163.014,51	2.424.000	3.218.000	3.297.000	3.368.000	3.459.000	4.338.000	4.538.000	4.674.000	4.814.000	4.959.000	5.108.000	5.261.000
	60 210 00 Einz. Gemeindeanteil Einkommensteuer	5.799.237,57	6.019.000	6.594.815	6.759.685	7.009.793	7.255.136	7.667.000	8.020.000	8.392.000	8.781.000	9.188.000	9.613.000	10.059.000
	60 220 00 Einz. Gemeindeanteil Umsatzsteuer	325.430,96	328.000	337.506	345.944	358.744	371.300	390.000	398.000	408.000	417.000	427.000	436.000	446.000
	60 310 00 Einz. Vergnügungssteuer	0,00	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	60 320 00 Einz. Hundesteuer	121.722,49	128.000	128.000	128.000	128.000	128.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000	120.000
	60 340 00 Einz. Zweitwohnungssteuer	4.698,98	8.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
	60 350 00 Einz. Kulturförderabgabe/Übernachtungss.	72.931,50	66.000	89.000	109.000	129.000	129.000	124.000	125.000	127.000	128.000	129.000	130.000	132.000
	60 510 00 Einz. Leist. Familienleistungsausgleich	570.207,06	593.000	576.895	591.318	613.196	634.658	691.000	713.000	736.000	760.000	784.000	809.000	835.000
2.	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.620.652,19	4.734.630	4.919.964	5.190.486	4.508.111	4.454.607	4.573.960	4.695.960	4.822.960	4.953.960	5.089.960	5.229.960	5.375.960
	61 110 00 Einz. Schlüsselzuweisungen Land	2.388.447,00	2.455.000	3.006.604	3.081.769	3.195.794	3.307.647	3.427.000	3.549.000	3.676.000	3.807.000	3.943.000	4.083.000	4.229.000
	61 300 00 Einz. Allg. Zuw. Bund	25.350,00	21.200	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350	25.350
	61 410 00 Einz. Zuw. lfd. Zwecke Land	1.949.434,72	1.965.830	1.595.410	1.790.767	994.367	829.010	829.010	829.010	829.010	829.010	829.010	829.010	829.010
	61 420 00 Einz. Zuw. lfd. Zwecke Gemeinden	95.602,00	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000	90.000
	61 470 00 Einz. Zuw. lfd. Zwecke priv. UN	161.818,47	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
	61 480 00 Einz. Zuw. lfd. Zwecke übrige Bereiche	0,00	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600
3.	+ Sonstige Transfereinzahlungen	61.713,74	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900	41.900
	62 110 00 Einz. Kostenbeiträge/-ersatz a.E.	23.946,76	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500	8.500
	62 130 00 Einz. Leist. Sozialleistungsträger a.E.	36.566,98	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000
	62 910 00 Andere sonst. Transfereinzahlungen	1.200,00	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400
4.	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.692.507,58	5.296.600	5.198.650	5.343.050	5.490.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566	5.571.566
	63 110 00 Einz. Verwaltungsgebühren	95.937,38	115.300	112.100	112.100	114.100	114.100	114.100	114.100	114.100	114.100	114.100	114.100	114.100

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

HSK Finanzplan

	Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	63 210 00 Einz. Benutzungsgebühren/ähnl. Entgelte	1.184.525,47	1.116.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000	1.093.000
	63 214 20 Niederschlagswassergebühren	804.238,07	865.000	873.700	910.400	952.992	952.992	952.992	952.992	952.992	952.992	952.992	952.992	952.992
	63 214 40 Winterdienst	92.262,28	175.000	176.800	178.600	195.000	195.000	195.000	195.000	195.000	195.000	195.000	195.000	195.000
	63 214 60 Feuerwehrgebühren	0,00	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
	63 215 50 Gebührenerstattung Brandschau	1.917,00	600	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	63 221 00 Ausz. Restabfall, S perrmüll	508.677,17	705.000	626.000	626.000	626.000	707.000	707.000	707.000	707.000	707.000	707.000	707.000	707.000
	63 221 50 Ausz. Bioabfall	158.069,10	166.000	172.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000	185.000
	63 221 90 Abfuhr von Grünabfällen	105,18	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	63 222 00 Schmutzwassergebühren	1.631.242,86	1.755.000	1.772.600	1.847.000	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524	1.933.524
	63 223 00 Klärgrubenentleerung	30.174,70	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700	54.700
	63 224 00 Nutzungsrechte an Grabstätten	74.478,33	180.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
	63 224 10 Grabentfernungen	8.256,00	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
	63 610 00 Einz. zweckgebundene Abgaben	3.032,26	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	63 613 00 Beiträge offene Ganztagsschulen	99.591,78	137.000	209.250	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750	227.750
5.	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	412.242,22	2.386.671	890.454	1.090.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454	1.110.454
	64 110 00 Einz. Mieten und Pachten	344.281,25	560.671	571.371	571.371	591.371	591.371	591.371	591.371	591.371	591.371	591.371	591.371	591.371
	64 210 00 Einz. aus Verkauf	51.986,46	1.786.000	291.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000	491.000
	64 610 00 Einz. sonst. PR Leistungsentgelte	11.689,95	36.700	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783	24.783
	64 611 30 Entgelte Lehrschwimmbecken	4.012,00	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	64 614 00 Rücklastschriftentgelte	272,56	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300
6.	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	832.980,42	751.414	577.907	584.407	556.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107	561.107
	64 800 00 Einz. Kostenerstattungen Bund	3.685,79	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50	50
	64 810 00 Einz. Kostenerstattungen Land	31.261,00	10.000	0	5.000	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	64 820 00 Einz. Kostenerstattungen Gemeinden	212.180,84	170.300	177.500	178.300	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000	155.000
	64 830 00 Einz. Kostenerstattungen Zweckverbände	381.845,09	499.390	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040	327.040
	64 850 00 Einz. Kostenerstattungen verb.UN/Bet.	14.971,42	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018	15.018
	64 870 00 Einz. Kostenerstattungen priv. UN	164.393,22	34.800	32.133	32.133	32.133	32.133	32.133	32.133	32.133	32.133	32.133	32.133	32.133
	64 880 00 Einz. Kostenerstattungen übrige Bereich	24.643,06	21.856	26.166	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866	26.866
7.	+ Sonstige Einzahlungen	825.547,00	297.500	1.803.100	1.603.100	2.603.100	3.303.100	303.100	303.100	303.100	303.100	303.100	303.100	303.100
	65 110 00 Einz. Konzessionsabgaben	229.642,90	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000	234.000
	65 150 00 Einzahlung aus Veräußerung Umlaufvermöge	505.720,00	0	1.500.000	1.300.000	2.300.000	3.000.000	0	0	0	0	0	0	0
	65 610 00 Einz. Bußgelder	2.794,00	6.500	5.500	5.500	5.500	5.500	5.500	5.500	5.500	5.500	5.500	5.500	5.500
	65 620 00 Einz. Säumniszuschläge	37.938,86	53.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000
	65 910 00 Andere sonst. ordentl. Einzahlungen	49.451,24	4.000	3.600	3.600	3.600	3.600	3.600	3.600	3.600	3.600	3.600	3.600	3.600
8.	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	99.254,81	539.600	38.200	37.000	37.000	37.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000
	66 150 00 Zinseinz. verb.UN/Bet.	9.460,00	14.600	15.000	15.000	15.000	15.000	0	0	0	0	0	0	0

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

HSK Finanzplan

	Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	66 170 00 Zinseinz. Kreditinstitute	13.566,88	3.000	1.200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	66 510 00 Einz. Gewinnanteile verb.UN/Bet.	17.297,95	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000
	66 910 00 Sonst. Finanzeinzahlungen	590,90	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	66 911 10 Einzahlungen Sonderfall	58.339,08	500.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9.	**= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**24.990.138,22**	**26.748.415**	**28.596.491**	**29.581.444**	**30.712.072**	**32.111.928**	**30.876.187**	**31.910.187**	**32.927.187**	**34.003.087**	**35.107.187**	**36.272.187**	**37.500.187**
10.	- Personalauszahlungen	3.928.874,16	4.321.600	4.683.420	4.823.060	4.966.740	5.115.620	5.269.104	5.431.157	5.597.976	5.769.665	5.946.403	6.128.324	6.291.567
	70 110 00 Dienstausz. Beamte	588.694,33	584.100	552.900	569.480	586.570	604.160	622.289	640.951	660.180	679.986	700.386	721.394	743.043
	70 120 00 Dienstausz. tarifl. Besch.	2.116.809,49	2.804.600	3.082.140	3.173.730	3.267.950	3.365.900	3.466.882	3.574.885	3.686.013	3.800.349	3.918.003	4.039.063	4.139.631
	70 190 00 Dienstausz. sonst. Besch.	0,00	9.400	9.360	9.640	9.920	10.220	10.526	10.842	11.168	11.502	11.848	12.204	12.570
	70 220 00 Ausz. Beiträge Versorgungsk. tarfil. Be.	198.023,71	222.200	234.740	241.800	249.040	256.520	264.216	272.142	280.306	288.716	297.377	306.301	315.488
	70 320 00 Ausz. Beiträge gesetzl. Soz. tarifl. Be.	1.025.346,63	615.100	704.290	725.420	747.210	769.640	792.732	816.510	841.007	866.234	892.221	918.996	946.558
	70 410 00 Ausz. Beihilfen/Unterstützungsleistung	0,00	86.200	99.990	102.990	106.050	109.180	112.459	115.827	119.302	122.878	126.568	130.366	134.277
11.	- Versorgungsauszahlungen	602.880,30	559.900	610.000	628.300	647.210	666.630	686.631	707.228	728.445	750.298	772.807	795.993	819.870
	71 210 00 Ausz. Beiträge Versorgungsk. Beamte	370.388,33	459.900	460.000	473.800	488.070	502.720	517.804	533.336	549.336	565.816	582.790	600.276	618.281
	71 410 00 Ausz. Beihilfen/Unterstützungsleist. VE	232.491,97	100.000	150.000	154.500	159.140	163.910	168.827	173.892	179.109	184.482	190.017	195.717	201.589
12.	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.690.254,23	4.902.330	4.729.554	4.272.193	4.254.118	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966	4.279.966
	72 150 00 Ausz. Instandhaltung Gebäude	1.118.036,72	1.715.700	1.105.480	672.818	647.818	647.818	647.818	647.818	647.818	647.818	647.818	647.818	647.818
	72 160 00 Ausz. Instandhaltung Infrastrukturverm.	107.025,67	113.000	197.300	155.400	155.900	155.900	155.900	155.900	155.900	155.900	155.900	155.900	155.900
	72 310 00 Ausz. Erst. lfd. Verw. Land	0,00	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	72 320 00 Ausz. Erst. lfd. Verw. Gemeinden	1.061,49	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
	72 330 00 Ausz. Erst. lfd. Verw. Zweckverbände	46.475,86	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	72 350 00 Ausz. Erst. lfd. Verw. verb. UN/Bet	5.100,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	72 370 00 Ausz. Erst. lfd. Verw. priv. UN	9.261,67	4.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
	72 410 00 Ausz. Unterhaltung Grundstücke/baul. Anl	809.693,07	1.000.385	1.091.664	1.066.710	1.060.760	1.068.260	1.068.260	1.068.260	1.068.260	1.068.260	1.068.260	1.068.260	1.068.260
	72 510 00 Ausz. Haltung von Fahrzeugen	115.211,06	128.500	143.200	143.500	145.500	147.500	147.500	147.500	147.500	147.500	147.500	147.500	147.500
	72 550 00 Ausz. Unterhaltung sonst. bewegl. Verm.	38.370,93	47.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950	49.950
	72 700 00 Schülerbeförderungskosten	252.081,52	210.000	220.500	231.525	243.101	243.101	243.101	243.101	243.101	243.101	243.101	243.101	243.101
	72 710 00 Ausz. Lernmittel	15.343,75	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910	20.910
	72 810 00 Ausz. sonst. Sachleistungen	28.393,43	47.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000
	72 910 00 Ausz. sonst. Dienstleistungen	1.144.199,06	1.608.285	1.847.950	1.878.780	1.877.579	1.893.927	1.893.927	1.893.927	1.893.927	1.893.927	1.893.927	1.893.927	1.893.927
13.	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	400.088,74	835.900	762.600	945.000	949.200	957.000	1.102.100	1.110.100	1.083.100	1.056.100	1.032.100	1.010.100	998.100
	75 170 00 Zinsausz. Kreditinstitute	357.582,18	781.200	762.500	944.900	949.100	956.900	1.102.000	1.110.000	1.083.000	1.056.000	1.032.000	1.010.000	998.000
	75 990 00 Sonst. Finanzauszahlungen	42.506,56	54.700	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
14.	- Transferauszahlungen	15.002.503,64	15.182.756	17.101.015	18.016.816	18.834.413	19.202.099	19.409.684	19.620.384	19.829.284	20.040.284	20.254.584	20.471.284	20.690.184
	73 170 00 Ausz. Zuweis. lfd. Zwecke priv. UN	0,00	0	0	142.857	142.857	0	0	0	0	0	0	0	0
	73 180 00 Ausz. Zuweis. lfd. Zwecke übrige Ber.	134.617,64	148.185	156.965	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985	156.985
	73 380 00 Ausz. Leist. Bildung/Teilhabe	11.582,83	12.000	13.000	14.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

HSK Finanzplan

	Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	73 390 00 Ausz. Sonst. soz. Leistungen	964.327,58	874.749	845.999	847.999	849.999	849.999	849.999	849.999	849.999	849.999	849.999	849.999	849.999
	73 410 00 Ausz. Gewerbesteuerumlage	285.454,59	190.000	205.000	210.000	214.000	220.000	230.000	241.000	248.000	255.000	263.000	271.000	279.000
	73 740 00 Ausz. Kreisumlage allgemein	4.596.477,50	4.763.000	5.226.358	5.404.054	5.593.196	5.772.179	5.835.700	5.899.900	5.964.800	6.030.400	6.096.700	6.163.800	6.231.600
	73 750 00 Ausz. Kreisumlage Mehrbelastung Jugendam	5.498.672,35	5.365.000	5.911.682	6.112.679	6.326.623	6.529.075	6.600.900	6.673.500	6.746.900	6.821.100	6.896.100	6.972.000	7.048.700
	73 760 00 Ausz. Kreisumlage andere Mehrbelastungen	26.678,47	37.000	751.489	776.020	802.131	826.839	835.900	845.100	854.400	863.800	873.300	882.900	892.600
	73 790 00 Ausz. Zweckverbandsumlagen	3.301.852,31	3.601.250	3.794.950	4.152.250	4.528.850	4.627.250	4.678.200	4.729.600	4.781.600	4.834.100	4.887.300	4.941.000	4.995.300
	73 990 00 Sonst. Transferauszahlungen	182.840,37	191.572	195.572	199.972	204.772	204.772	207.000	209.300	211.600	213.900	216.200	218.600	221.000
15.	- Sonstige Auszahlungen	1.555.767,99	1.752.875	1.630.548	1.631.092	1.605.162	1.674.292	1.677.792	1.677.792	1.677.792	1.677.792	1.677.792	1.677.792	1.677.792
	74 110 00 Sonst. Personalauszahlungen	28.357,09	83.000	111.300	86.550	86.750	86.750	90.250	90.250	90.250	90.250	90.250	90.250	90.250
	74 120 00 Besondere Ausz. Beschäftigte	45.257,23	87.270	97.090	79.790	80.740	80.740	80.740	80.740	80.740	80.740	80.740	80.740	80.740
	74 210 00 Ausz. ehrenamtl./sonst. Tätigkeit	159.887,66	177.900	168.150	173.450	168.200	173.450	173.450	173.450	173.450	173.450	173.450	173.450	173.450
	74 220 00 Ausz. Mieten/Pachten	735.196,98	705.250	597.656	626.750	657.250	689.250	689.250	689.250	689.250	689.250	689.250	689.250	689.250
	74 230 00 Ausz. Leasing	3.628,46	6.000	6.000	15.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
	74 290 00 Ausz. Inanpruchn. Rechte/Dienste	29.341,92	142.000	76.000	71.100	35.600	35.600	35.600	35.600	35.600	35.600	35.600	35.600	35.600
	74 310 00 Geschäftsauszahlungen	308.034,76	366.845	249.914	250.134	241.054	252.384	252.384	252.384	252.384	252.384	252.384	252.384	252.384
	74 450 00 Ausz. sonst. Steuern	0,00	0	4.300	4.300	4.300	4.300	4.300	4.300	4.300	4.300	4.300	4.300	4.300
	74 450 10 Kraftfahrzeugsteuer	1.893,15	1.800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	74 450 40 Ausz. Kapitalertragsteuer	2.737,40	2.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	74 460 00 Ausz. Versicherungen	171.598,20	163.085	177.030	180.910	182.160	195.510	195.510	195.510	195.510	195.510	195.510	195.510	195.510
	74 910 00 Ausz. Verfügungsmittel	9.071,88	11.225	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500
	74 920 00 Ausz. Fraktionszuwendungen	2.925,00	6.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	74 990 00 Übrige weitere sonst. Auszahlungen	57.838,26	0	125.608	125.608	125.608	132.808	132.808	132.808	132.808	132.808	132.808	132.808	132.808
16.	**= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**25.180.369,06**	**27.555.361**	**29.517.137**	**30.316.461**	**31.256.843**	**31.895.607**	**32.425.277**	**32.826.627**	**33.196.563**	**33.574.105**	**33.963.652**	**34.363.459**	**34.757.479**
17.	**= Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)**	**-190.230,84**	**-806.946**	**-920.646**	**-735.017**	**-544.771**	**216.321**	**-1.549.090**	**-916.440**	**-269.376**	**428.982**	**1.143.535**	**1.908.728**	**2.742.708**
18.	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	3.102.576,18	3.651.500	3.483.815	11.977.012	3.222.710	1.006.774	2.654.000	2.261.000	2.320.000	2.381.000	2.444.000	2.509.000	2.577.000
	68 100 00 Einz. Zuw. Investitionen Bund	0,00	0	229.600	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	68 110 00 Einz. Zuw. Investitionen Land	3.068.711,00	3.651.500	3.234.215	11.977.012	3.222.710	1.006.774	2.654.000	2.261.000	2.320.000	2.381.000	2.444.000	2.509.000	2.577.000
	68 130 00 Einz. Zuw. Investitionen Zweckverbände	9.278,32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	68 160 00 Einz. Zuw. Investitionen sonst.öff.Sonde	6.616,19	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	68 170 00 Einz. Zuw. Investitionen priv. UN	6.807,05	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	68 180 00 Einz. Zuw. Investitionen übrige Bereiche	11.163,62	0	20.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
19.	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	297.327,18	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	68 210 00 Einz. Veräußerung Grundstücke/Gebäude	273.666,86	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	68 310 00 Einz. Veräußerung bewegl. VG	23.660,32	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
20.	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	96.293,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	68 480 00 Einz. Veräußerung sonst. Finanzanlagen	96.293,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
21.	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	123.960,00	2.914.000	2.206.000	627.000	1.220.000	0	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

HSK Finanzplan

	Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Planung 2030 EUR	Planung 2031 EUR	Planung 2032 EUR	Planung 2033 EUR	Planung 2034 EUR	Planung 2035 EUR	Planung 2036 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
	68 810 00 Einz. Beiträge/ähnl. Entgelte	123.960,00	2.914.000	2.206.000	627.000	1.220.000	0	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000	800.000
22.	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	15.535,55	0	0	1.040.600	1.040.600	0	0	0	0	0	0	0	0
	68 510 00 Einz. Baumaßnahmen	15.285,55	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	68 910 00 Sonst. Investitionseinzahlungen	250,00	0	0	1.040.600	1.040.600	0	0	0	0	0	0	0	0
23.	**= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**3.635.691,91**	**6.565.500**	**5.689.815**	**13.644.612**	**5.483.310**	**1.006.774**	**3.454.000**	**3.061.000**	**3.120.000**	**3.181.000**	**3.244.000**	**3.309.000**	**3.377.000**
24.	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	863.408,37	1.370.000	3.185.000	1.700.000	1.720.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000
	78 210 00 Ausz. Erwerb Grundstücke/Gebäude	863.408,37	1.370.000	3.185.000	1.700.000	1.720.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000	1.690.000
25.	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	6.213.057,21	7.027.000	4.364.535	12.937.232	5.723.930	723.494	1.600.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
	78 510 00 Ausz. Hochbaumaßnahmen	2.993.104,51	2.119.000	1.000.000	8.149.500	2.300.000	0	0	0	0	0	0	0	0
	78 520 00 Ausz. Tiefbaumaßnahmen	1.774.983,39	4.858.000	2.986.000	3.272.000	2.910.000	150.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
	78 530 00 Ausz. sonst. Baumaßnahmen	1.444.969,31	50.000	378.535	1.515.732	513.930	573.494	600.000	0	0	0	0	0	0
26.	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen	640.505,72	1.272.580	2.218.005	1.472.280	408.780	383.780	658.780	658.780	658.780	658.780	658.780	658.780	658.780
	78 310 00 Ausz. Erwerb VG oberh. Wertgrenze	521.535,91	1.131.130	1.971.205	1.341.130	281.130	256.130	531.130	531.130	531.130	531.130	531.130	531.130	531.130
	78 320 00 Ausz. Erwerb VG unterh. Wertgrenze	118.969,81	141.450	246.800	131.150	127.650	127.650	127.650	127.650	127.650	127.650	127.650	127.650	127.650
27.	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	162.500,00	0	29.700	15.000	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0
	78 430 00 Ausz. Erwerb sonst. Anteilsrechte	2.500,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	78 480 00 Ausz. Erwerb sonst. Finanzanlagen	160.000,00	0	29.700	15.000	15.000	0	0	0	0	0	0	0	0
29.	- Sonstige Investitionsauszahlungen	1.167,12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	78 910 00 Sonstige Investitionsauszahlungen	1.167,12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
30.	**= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**7.880.638,42**	**9.669.580**	**9.797.240**	**16.124.512**	**7.867.710**	**2.797.274**	**3.948.780**	**3.348.780**	**3.348.780**	**3.348.780**	**3.348.780**	**3.348.780**	**3.348.780**
31.	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 23 und 30)**	**-4.244.946,51**	**-3.104.080**	**-4.107.425**	**-2.479.900**	**-2.384.400**	**-1.790.500**	**-494.780**	**-287.780**	**-228.780**	**-167.780**	**-104.780**	**-39.780**	**28.220**
32.	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (= Zeilen 17 und 31)**	**-4.435.177,35**	**-3.911.026**	**-5.028.071**	**-3.214.917**	**-2.929.171**	**-1.574.179**	**-2.043.870**	**-1.204.220**	**-498.156**	**261.202**	**1.038.755**	**1.868.948**	**2.770.928**
33.	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	11.591.270,23	12.191.100	7.401.722	3.200.000	10.000.000	8.000.000	1.500.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
	69 270 00 Aufn. Inv.kredit Kreditinstitute	2.585.000,00	4.664.100	3.500.000	2.200.000	2.000.000	1.000.000	1.000.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
	69 310 00 Aufn. Liq.kredit Land	0,00	0	401.722	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	69 370 00 Aufn. Liq.kredit Kreditinstitute	9.000.000,00	7.527.000	3.500.000	1.000.000	8.000.000	7.000.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	500.000
	69 980 00 Haushaltsunwirksame Einzahlungen	6.270,23	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
34.	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	7.805.049,01	5.007.400	4.084.100	3.332.800	7.920.200	5.930.100	4.007.000	8.000.000	9.200.000	2.450.000	1.750.000	1.630.000	1.550.000
	79 270 00 Tilgung Inv.kredit Kreditinstitute	305.049,01	480.400	557.100	1.805.800	1.893.200	903.100	980.000	1.000.000	1.200.000	1.450.000	1.250.000	1.130.000	1.050.000
	79 370 00 Tilgung Liq.kredit Kreditinstitute	7.500.000,00	4.527.000	3.527.000	1.527.000	6.027.000	5.027.000	3.027.000	7.000.000	8.000.000	1.000.000	500.000	500.000	500.000
35.	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	**3.786.221,22**	**7.183.700**	**3.317.622**	**-132.800**	**2.079.800**	**2.069.900**	**-2.507.000**	**-7.000.000**	**-8.200.000**	**-1.450.000**	**-750.000**	**-630.000**	**-550.000**
36.	**= Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 35)**	**-648.956,13**	**3.272.674**	**-1.710.449**	**-3.347.717**	**-849.371**	**495.721**	**-4.550.870**	**-8.204.220**	**-8.698.156**	**-1.188.798**	**288.755**	**1.238.948**	**2.220.928**
37.	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	3.367.724,12	2.718.768	5.991.442	4.280.993	933.276	83.905	579.626	-3.971.244	-12.175.464	-20.873.620	-22.062.418	-21.773.663	-20.534.715
38.	**= Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37)**	**2.718.767,99**	**5.991.442**	**4.280.993**	**933.276**	**83.905**	**579.626**	**-3.971.244**	**-12.175.464**	**-20.873.620**	**-22.062.418**	**-21.773.663**	**-20.534.715**	**-18.313.787**

Gde Hürtgenwald © Entwurf Haushalt 2026

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **1**
Produktbereich **diverse**
Produkt **diverse**

Vorgeschlagene Maßnahme: Versicherungen

Beschreibung der Maßnahme

Die Gemeinde Hürtgenwald hat sich gegen verschiedene Risiken abgesichert. Die größten Posten entfallen auf die gesetzliche Unfallversicherung, Gebäude- und Sachversicherungen, Haftpflichtversicherungen sowie Kfz-Versicherungen. Alle Versicherungen sollten auf ihre Notwendigkeit und Kosteneffizienz überprüft werden. Die Bündelung von Verträgen kann zu geringeren Beiträgen führen. Auch die Laufzeiten und Deckungsumfänge sollten geprüft werden.

Sonstige Bemerkungen

Der jährliche Versicherungsaufwand beläuft sich auf rund 200.000 €. Einsparpotenziale sind zu prüfen – insbesondere durch Bündelung oder Neuausschreibung – unter Berücksichtigung der mit einer Vergabe verbundenen Kosten und Risiken.

Abwägung der Maßnahme

Zwar stellen 200.000 € einen erheblichen Aufwand dar – im Verhältnis zum Gesamthaushalt von über 30 Millionen Euro entspricht dies jedoch weniger als 1 %. Eine Einsparung von z. B. 10 % würde zwangsläufig zu einem geringeren Leistungsumfang führen – was im Schadensfall zu deutlich höheren Kosten für die Gemeinde resultieren könnte. Zudem ist eine Ausschreibung kein Garant für Kostensenkung: Sie bringt Aufwand mit sich, und der Markt bietet nicht automatisch günstigere oder leistungsfähigere Lösungen als die derzeitigen Verträge.

Ratsbeschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, Art, Umfang und Kosteneffizienz der Versicherungsverträge sowie mögliche Einsparpotenziale zu prüfen und hierbei Risiken und Vergabekosten zu berücksichtigen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026		noch zu ermitteln
2027 ff.		s.o.

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **2**
Produktbereich **diverse**
Produkt **diverse**

Vorgeschlagene Maßnahme: Verwaltungsgebührensatzung überarbeiten

Beschreibung der Maßnahme

Der Rat der Gemeinde Hürtgenwald hat am 16. Dezember 2019 die Verwaltungsgebührensatzung beschlossen. Sie gilt seit dem 1. Januar 2020 und wurde bislang nicht geändert. Nun soll geprüft werden, ob inzwischen neue Mustersatzungen vorliegen, die besser zu den heutigen Anforderungen passen und zeitgemäße Gebühren ermöglichen.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Es sollte geprüft werden, ob eine Überarbeitung der seit 2020 unveränderten Verwaltungsgebührensatzung sinnvoll ist – etwa, weil neue Mustersatzungen aktuelle Anforderungen besser abbilden oder digitale Leistungen und Kostenentwicklungen berücksichtigen. Vorteile: rechtssichere, zeitgemäße Gebühren und höhere Akzeptanz. Nachteile: Aufwand für Anpassung und Beschlussfassung. Bei geringem Änderungsbedarf kann auch eine Beibehaltung gerechtfertigt sein. Eine Abwägung lohnt sich vor allem, wenn sich die Leistungen der Gemeinde verändert haben oder neue Muster vorliegen.

Ratsbeschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die seit 2020 unveränderte Verwaltungsgebührensatzung auf Aktualität zu prüfen – insbesondere im Vergleich mit neuen Mustersatzungen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026	noch zu ermitteln	
2027 ff.	s.o.	

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **3**
Produktbereich **901 Innere Verwaltung**
Produkt **90111 Politische Gremien und Verwaltungsführung**

Vorgeschlagene Maßnahme: Verkleinerung des Gemeinderats

Beschreibung der Maßnahme

Diese Maßnahme knüpft inhaltlich an den Ratsbeschluss 1/2024 vom 22. Februar 2024 an. Grundsätzlich bleibt weiterhin die Möglichkeit bestehen, die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder zu verringern – und damit auch Einsparungen im Haushalt zu erzielen.

Sonstige Bemerkungen

Eine Reduzierung würde erst mit dem Gemeinderat wirksam, der bei den Kommunalwahlen 2030 gewählt wird. Es handelt sich also um eine mittelfristige, nicht unmittelbar wirksame Maßnahme.

Abwägung der Maßnahme

Der Rat entscheidet selbst, wie viele Mitglieder der Gemeinderat zukünftig haben soll. Dabei geht es nicht nur um Zahlen und Kosten – sondern vor allem um die Qualität der politischen Vertretung. Weniger Ratsmitglieder können zwar Geld sparen, aber sie können auch dazu führen, dass einzelne Mitglieder zu viele Bürgerinnen und Bürger vertreten müssen – und das könnte die lokale Nähe und die Bürgernähe beeinträchtigen. Wenn Wahlkreise zu groß werden oder Ortsteile nicht mehr klar abgegrenzt werden können, wird es schwieriger, die Interessen aller gut zu vertreten. Deshalb sollte bei der Entscheidung nicht nur auf das Budget geschaut werden, sondern vor allem auf das, was eine gute Demokratie ausmacht: dass jede Stimme gehört wird und jede Gemeinde, jeder Ortsteil fair vertreten ist.

Ratsbeschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Vorarbeiten vorzunehmen und eine fundierte Empfehlung für eine mögliche Anpassung der Ratsgröße vorzulegen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
Laufende Legislatur-periode		0 €
Nächste Legislatur-periode		abhängig vom finalen Ratsbeschluss

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **4**
Produktbereich **901 Innere Verwaltung**
Produkt **90121 Dienstleistungen für die Gesamtverwaltung**

Vorgeschlagene Maßnahme: Optimierung der zentralen Beschaffung im Rahmen von interkommunaler Zusammenarbeit

Beschreibung der Maßnahme

Die Beschaffung erfolgt grundsätzlich gebündelt in der jeweiligen Fachabteilung. So werden Büromaterial und Reinigungsmittel zentral über das Hauptamt beschafft, während Leistungen im Baubereich beispielsweise durch das Bauamt eingekauft werden. Bei der Ausschreibung an sich wird hierbei regelmäßig auf die kommunale Vergabestelle MILAN in Niederzier zurückgegriffen. Die inzwischen elf MILAN-Gesellschafterkommunen haben in aller Regel gleiche Bedarf. Deshalb bietet es sich an, noch stärker als bisher auf Rahmenverträge zu setzen und diese gleich für mehrere Kommunen auszuschreiben und so an bessere Konditionen zu gelangen.

Sonstige Bemerkungen

Die Verwaltung arbeitet schon länger daran, die Vergabeprozesse zu optimieren – und das mit gutem Grund: Die Vorteile liegen auf der Hand. Ein positiver Ratsbeschluss würde diese Strategie bestätigen und signalisieren, dass wir gemeinsam mit anderen Kommunen effizient einkaufen wollen. Zudem könnte ein solcher Beschluss hilfreich sein bei der Beantragung Fördermitteln für interkommunale Projekte im Bereich der Beschaffung – vergleichbar mit dem vom Land unterstützten Aufbau der neuen Tourismusgesellschaft.

Abwägung der Maßnahme

Die Maßnahme birgt kaum Risiken, dafür aber klare Vorteile: Bessere Preise, weniger administrative Doppelarbeit und stärkere Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen. Gleichzeitig bleibt die Steuerung der Beschaffung in kommunaler Hand – es geht nicht um Outsourcing, sondern um intelligente Bündelung. Die Vorteile überwiegen deutlich.

Ratsbeschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung, im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit verstärkt gemeinsame Rahmenverträge auszuschreiben und dabei die Möglichkeiten zur Kostensenkung sowie zur Fördermittelakquise zu prüfen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026		abhängig von der konkreten Ausschreibung und den erzielten Vertragskonditionen
2027 ff.		abhängig von der konkreten Ausschreibung und den erzielten Vertragskonditionen

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **5**
Produktbereich **901 Innere Verwaltung**
Produkt **90162 Bewirtschaftung von Gebäuden und baulichen Anlagen**

Vorgeschlagene Maßnahme: Senkung der Standards in gemeindlichen Liegenschaften (Raumtemperatur, Reinigung)

Beschreibung der Maßnahme

In den gemeindlichen Gebäuden – wie Rathäusern, Schulen, Bauhof – werden derzeit bestimmte Komfortstandards eingehalten: etwa eine konstante Raumtemperatur oder tägliche Reinigungsroutinen. Um langfristig Kosten zu senken, wird vorgeschlagen, diese Standards moderat anzupassen – beispielsweise durch eine geringfügige Temperatursenkung in nicht öffentlichen Bereichen oder eine Reduzierung der Reinigungshäufigkeit in wenig genutzten Räumen. Dabei bleibt der hygienische und sicherheitsrelevante Mindeststandard selbstverständlich gewahrt.

Sonstige Bemerkungen

Die Verwaltung achtet bereits jetzt auf einen kostensparenden Gebäudebetrieb – ohne die Funktionsfähigkeit oder den Schutz von Mitarbeitenden und Besucherinnen sowie Besuchern zu beeinträchtigen. Im Wesentlichen erfolgt dies durch regelmäßige Ausschreibungen der Energielieferungen und Reinigungsdienstleistungen. Hier müsste also zusätzlich über Maßnahmen entschieden werden, die in den „Wohlfühlbereich“ einzelner Menschen eingreifen.

Abwägung der Maßnahme

Die Maßnahme ist mit geringen Risiken verbunden, solange sie sorgfältig und differenziert umgesetzt wird. Eine moderate Anpassung der Standards kann zu Einsparungen führen. Gleichzeitig bleibt der Betrieb der Gebäude sicher und funktionsfähig. Die Vorteile überwiegen, wenn die Maßnahme im Dialog mit den Nutzerinnen und Nutzern sowie Mitarbeitenden erfolgt und nicht pauschal, sondern gezielt angewendet wird.

Ratsbeschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung, moderate Anpassungen der Standards in gemeindlichen Liegenschaften (insbesondere Temperatur und Reinigungshäufigkeit) zu prüfen und umzusetzen – unter Beachtung von Hygiene, Sicherheit und Nutzerinnen- sowie Nutzerzufriedenheit.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026		abhängig von der konkreten Umsetzung und den erzielten Einsparungen
2027 ff.		abhängig von der konkreten Umsetzung und den erzielten Einsparungen

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **6**
Produktbereich **901 Innere Verwaltung**
Produkt **90171 Liegenschaftsmanagement**

Vorgeschlagene Maßnahme: Erhöhung der Pachtentgelte

Beschreibung der Maßnahme

Die Gemeinde verpachtet verschiedene landwirtschaftliche Flächen. Die derzeitigen Pachtentgelte entsprechen nicht immer dem aktuellen Marktwert oder den Kosten der Unterhaltung. Um die Wirtschaftlichkeit der Flächennutzung zu verbessern und zusätzliche Einnahmen zu generieren, wird vorgeschlagen, die Pachtentgelte schrittweise und differenziert anzupassen – insbesondere bei Flächen, die unter Marktwert verpachtet sind oder deren Nutzung hohe Unterhaltungskosten verursacht.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Die Maßnahme birgt geringe Risiken, wenn sie transparent und schrittweise erfolgt. Eine moderate Erhöhung der Pachtentgelte kann zu Mehreinnahmen führen, ohne bestehende Pächterinnen und Pächter übermäßig zu belasten – insbesondere, wenn sie auf Basis aktueller Marktdaten und unter Berücksichtigung sozialer Aspekte erfolgt. Die Vorteile liegen in einer gerechteren Nutzung der gemeindlichen Ressourcen und einer verbesserten Haushaltslage.

Ratsbeschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Pachtentgelte für gemeindliche Flächen zu überprüfen und – unter Berücksichtigung von Marktwert, Kosten und sozialen Aspekten – schrittweise und differenziert anzupassen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026	abhängig von der konkreten Umsetzung	
2027 ff.	abhängig von der konkreten Umsetzung	

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **7**
Produktbereich **902 Sicherheit und Ordnung**
Produkt **90221 Brandbekämpfung und Brandschau**

Vorgeschlagene Maßnahme: Budgetierung der Haushaltsmittel nach Löschgruppen

Beschreibung der Maßnahme

Die Löschgruppen der Freiwilligen Feuerwehr sind bereits heute stark in die Aufgabenerfüllung eingebunden – möglich wäre, sie noch stärker eigenverantwortlich Leistungen übernehmen zu lassen, um dadurch Einsparungen zu erzielen, die anteilig (z. B. 10 %) an die jeweilige Löschgruppe zurückfließen sollten.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Die Maßnahme birgt erhebliche Risiken. Die Freiwillige Feuerwehr ist bereits durch steigende Anforderungen, Einsatzbelastung und gesetzliche Pflichten stark in Anspruch genommen. Eine weitere verpflichtende Einbindung in kommunale Aufgaben – wie z. B. die Verkehrssicherungspflicht beim Schneeräumen – würde nicht nur die Motivation und Freiwilligkeit gefährden, sondern auch rechtliche und praktische Probleme aufwerfen: Mitglieder müssten bei Schneefall nicht nur räumen, um ihre Einsatzbereitschaft sicherzustellen, sondern auch haftungsrechtlich in Anspruch genommen werden können. Ein „Melken des Ehrenamts bis nichts mehr geht“ ist kein nachhaltiger Ansatz – weder für die Feuerwehr noch für die Gemeinde. Die Vorteile einer solchen Maßnahme überwiegen daher nicht.

Ratsbeschluss

Der Rat lehnt eine verpflichtende noch stärkere Einbindung der Löschgruppen in kommunale Pflichtaufgaben ab und verzichtet auf die Einführung einer Budgetierung mit Rückfluss von Einsparungen an die Feuerwehr.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026		
2027 ff.		

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **8**
Produktbereich **diverse**
Produkt **diverse**

Vorgeschlagene Maßnahme: Erhebung von (höheren) Nutzungsentgelten für die Inanspruchnahme der Dorfgemeinschaftshäuser, Aulen, Sportstätten, Grillanlagen bzw. Übertragung dieser Einrichtungen an Vereine

Beschreibung der Maßnahme

Derzeit erhebt die Gemeinde Hürtgenwald für Nutzungen der o.a. Einrichtungen nicht flächendeckend Nutzungsentgelte. Für außersportliche Veranstaltungen (z. B. Karnevalssitzungen) zahlen Vereine beispielsweise lediglich die reinen Bewirtschaftungskosten (Strom, Wasser, Heizung). Die sportliche Nutzung erfolgt grundsätzlich kostenlos.
Es wird nun geprüft, ob
a) für sportliche Aktivitäten ein Nutzungsentgelt erhoben werden soll,
b) für außersportliche Veranstaltungen zusätzlich zu den Bewirtschaftungskosten ein Zuschlag erhoben werden soll,
c) die bestehenden Pauschalen angepasst oder
d) die Einrichtungen dauerhaft an Vereine übertragen werden sollen.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Die Einführung oder Erhöhung von Nutzungsentgelten ist kritisch zu sehen, da sie unmittelbare Auswirkungen auf die ehrenamtliche Arbeit der Vereine hat.

- Die sportliche Nutzung erfolgt überwiegend durch wenige Vereine – eine Entgelterhöhung würde diese unverhältnismäßig belasten.
- Außersportliche Veranstaltungen dienen der Brauchtumspflege und sind oft ehrenamtlich organisiert. Ein höheres Entgelt könnte den Gewinn schmälern – oder sogar dazu führen, dass Veranstaltungen ganz entfallen.
- Eine Übertragung der Einrichtungen an Vereine könnte langfristig Kosten sparen, erfordert aber klare Vereinbarungen über Instandhaltung, Haftung und Nutzung.

Die Maßnahme ist daher nicht pauschal zu empfehlen, sondern bedarf einer differenzierten Betrachtung: Eine moderate Gebührenerhebung bei kommerziellen Nutzungen oder bei außersportlichen Veranstaltungen mit hohem Nutzungsgrad könnte sinnvoll sein – bei sportlichen Nutzungen ist Vorsicht geboten.

Ratsbeschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

- den Ist-Zustand der Nutzung aller gemeindlichen Einrichtungen zu ermitteln und die Bereitstellung der Räumlichkeiten für Vereine als Euro-Betrag,
- für Vereine und kommerzielle Nutzer ein Nutzungsentgelt zu ermitteln bzw. vorzuschlagen – wobei sportliche Nutzungen ebenfalls beteiligt werden, jedoch niedriger als kommerzielle Veranstaltungen angesetzt werden,

- die Übertragung von Einrichtungen an Vereine zu prüfen – insbesondere im Hinblick auf Instandhaltung, Haftung und eine faire Behandlung aller Vereine – und dem Rat bis zum Haushaltsbeschluss 2028 einen Vorschlag hierzu vorzulegen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge(in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026, 2027	keine	keine
2028 ff.	abhängig von Umsetzung	abhängig von Umsetzung

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **9**
Produktbereich **916 Allgemeine Finanzwirtschaft**
Produkt **91611 Allgemeine Finanzwirtschaft**

Vorgeschlagene Maßnahme: Erhöhung der Grundsteuer A

Beschreibung der Maßnahme

Der Hebesatz der Grundsteuer A soll ab 2026 von derzeit 870 % auf 990 % erhöht werden. Ab 2027 soll der Hebesatz jährlich um 5 % des jeweiligen Vorjahreswertes angehoben werden – gerundet auf ganze Prozentpunkte:

- 2027: 990 × 1,05 = 1.040 %
- 2028: 1.040 × 1,05 = 1.092 %
- 2029: 1.092 × 1,05 = 1.147 %
- 2030: 1.147 × 1,05 = 1.204 %
- 2031: 1.204 × 1,05 = 1.264 %
- 2036: ca. 1.550 % (berechnet über 5 % jährliche Steigerung von 2027 bis 2036)

Diese Maßnahme dient der Haushaltssicherung und soll langfristig zu einem ausgeglichenen bzw. leicht positiven Haushalt bis 2036 beitragen.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Eine Erhöhung der Grundsteuer A bedeutet zwangsläufig eine höhere Belastung für die Steuerpflichtigen – insbesondere für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke. Allerdings bleibt die Gemeinde mit 990 % im Jahr 2026 unter dem vom Land NRW ermittelten „aufkommensneutralen Hebesatz“, da Wohngebäude auf Höfen in die Grundsteuer B überführt wurden – was diesen Vergleichswert verzerrt. Die gewählte Erhöhung ist daher als fair und angemessen einzustufen – sie berücksichtigt sowohl die notwendige Haushaltssicherung als auch die spezifische Situation der landwirtschaftlichen Betriebe.

Ratsbeschluss

Der Rat beschließt, den Hebesatz der Grundsteuer A ab 2026 auf 990 % zu erhöhen und ab 2027 jährlich mit einer 5 % Steigerung zu kalkulieren – jeweils gerundet auf ganze Prozentpunkte – und im Jahr 2031 eine Überprüfung vorzunehmen, ob die antizipierten Erhöhungen weiterhin zum Ziel eines ausgeglichenen oder leicht positiven Haushalts bis 2036 führen – und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026	abhängig von Hebesatzanhebung	
2027 ff.	abhängig von Hebesatzanhebung	

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **10**
Produktbereich **916 Allgemeine Finanzwirtschaft**
Produkt **91611 Allgemeine Finanzwirtschaft**

Vorgeschlagene Maßnahme: Erhöhung der Grundsteuer B

Beschreibung der Maßnahme

Der Hebesatz der Grundsteuer B beträgt derzeit 950 %. Im Rahmen der Grundsteuerreform 2025 wurde von der Finanzverwaltung NRW ein aufkommensneutraler Hebesatz von 1.092 % ermittelt – d. h. ein Hebesatz, der das gleiche Aufkommen wie 2024 erzielen würde. Da der Rat beschlossen hatte, den Hebesatz in 2025 bei 950 % zu belassen, ergab sich ein Minderaufkommen im Vergleich zum Aufkommensniveau 2024. Um den Haushaltsausgleich bis 2036 zu erreichen, wird vorgeschlagen, den Hebesatz ab 2026 auf 1.295 % zu erhöhen – das entspricht einer Steigerung von 203 Prozentpunkten bzw. +18,6 % gegenüber dem aufkommensneutralen Hebesatz. Ab 2027 soll der Hebesatz jährlich um 5 % des jeweiligen Vorjahreswertes angehoben werden – gerundet auf ganze Prozentpunkte:

- 2027: 1.295 × 1,05 = 1.360 %
- 2028: 1.360 × 1,05 = 1.428 %
- 2029: 1.428 × 1,05 = 1.499 %
- 2030: 1.499 × 1,05 = 1.574 %
- 2031: 1.574 × 1,05 = 1.653 %
- 2036: ca. 2.000 % (berechnet über 5 % jährliche Steigerung von 2027 bis 2036)

Diese Maßnahme dient der Haushaltssicherung und soll langfristig zu einem ausgeglichenen oder leicht positiven Haushalt bis 2036 beitragen.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Eine Erhöhung der Grundsteuer B bedeutet eine deutliche Mehrbelastung für die Steuerpflichtigen. Allerdings ist eine solche Erhöhung unabdingbar, um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bis 2036 zu erreichen. Ein Verzicht auf die Erhöhung würde bedeuten, dass die Gemeinde über die Jahre hinweg auf Mehreinnahmen verzichtet – und zwar nicht nur im ersten Jahr, sondern kumuliert und sogar verstärkt durch den Zinseszinseffekt der jährlichen Steigerung. Jede Hebesatzerhöhung um 100 Punkte generiert etwa 300.000 Euro an Mehreinnahmen– und durch die jährliche Steigerung von 5 % steigt dieser Betrag in den Folgejahren weiter an. Ein Verzicht auf 100 Hebesatzpunkte im Jahr 2026 würde sich bis 2036 auf eine kumulierte Mindereinnahme von rund 4,4 Millionen Euro summieren. Die vorgeschlagene Erhöhung auf 1.295 % und die anschließende Steigerung ab 2027 wird daher als notwendig und verantwortbar eingestuft – sie berücksichtigt sowohl die finanzielle Notwendigkeit als auch die langfristige Tragfähigkeit der Haushaltslage.

Ratsbeschluss

Der Rat beschließt, den Hebesatz der Grundsteuer B ab 2026 auf 1.295 % zu erhöhen und ab 2027 jährlich mit einer 5 % Steigerung zu kalkulieren – jeweils gerundet auf ganze Prozentpunkte – und im Jahr 2031 eine Überprüfung vorzunehmen, ob die antizipierten Erhöhungen weiterhin zum Ziel eines ausgeglichenen oder leicht positiven Haushalts bis 2036 führen – und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026	abhängig von Hebesatzanhebung	
2027 ff.	abhängig von Hebesatzanhebung	

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **11**
Produktbereich **916 Allgemeine Finanzwirtschaft**
Produkt **91611 Allgemeine Finanzwirtschaft**

Vorgeschlagene Maßnahme: Erhöhung der Gewerbesteuer

Beschreibung der Maßnahme

Der Hebesatz der Gewerbesteuer beträgt derzeit 510 %. Um die Haushaltssicherung zu unterstützen, wird vorgeschlagen, den Hebesatz ab 2026 einmalig auf 550 % zu erhöhen – und danach konstant zu halten. Diese Erhöhung soll nicht abschreckend wirken, sondern im vertretbaren Rahmen bleiben – insbesondere da sie nur einmalig erfolgt und nicht auf Privathaushalte, sondern auf Gewerbetreibende wirkt. Eine erneute Überprüfung des Hebesatzes ist für das Jahr 2031 vorgesehen – dann sollte bekannt sein, welchen Umfang der erste Bauabschnitt des Gewerbegebiets Germeter an zusätzlichen Erträgen bringt.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes bedeutet eine Mehrbelastung für die Gewerbetreibenden. Allerdings ist die Erhöhung auf 550 % im vertretbaren Bereich, da sie einmalig und nicht auf Privathaushalte gerichtet ist. Zudem wird erwartet, dass der Ausbau des Gewerbegebiets Germeter zusätzliche Steuereinnahmen generiert – was die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung verringern könnte. Die Maßnahme ist daher als fair und verantwortbar einzustufen – sie berücksichtigt sowohl die finanzielle Notwendigkeit als auch die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft.

Ratsbeschluss

Der Rat beschließt, den Hebesatz der Gewerbesteuer ab 2026 einmalig auf 550 % zu erhöhen – danach konstant zu halten – und im Jahr 2031 eine Überprüfung vorzunehmen, ob die antizipierten Erträge aus dem Gewerbegebiet Germeter ausreichen, um eine weitere Erhöhung zu vermeiden – und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026	abhängig von Hebesatzanhebung	
2027 – 2030	konstante Mehrerträge durch 550 %	
2031 ff.	abhängig von Entwicklung des Gewerbegebiets Germeter	

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **12**
Produktbereich **916 Allgemeine Finanzwirtschaft**
Produkt **91611 Allgemeine Finanzwirtschaft**

Vorgeschlagene Maßnahme: Überarbeitung der Hundesteuersatzung

Beschreibung der Maßnahme

Die Hundesteuer in der Gemeinde Hürtgenwald wird derzeit nach der Hundesteuersatzung vom 17.11.2023 erhoben. Das jährliche Aufkommen beträgt derzeit ca. 128.000 Euro. Es wird vorgeschlagen, die Steuersätze differenziert zu erhöhen – je nach Hundeart und Anzahl:

- für einen Hund von 116,16 € auf z. B. 130 €,
- für zwei Hunde von 137,94 € je Hund auf z. B. 150 € je Hund,
- für drei oder mehr Hunde von 166,98 € je Hund auf z. B. 180 € je Hund,
- für gefährliche Hunde von 1.161,60 € auf z. B. 1.300 € je Hund.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Eine Erhöhung der Hundesteuer bedeutet eine Mehrbelastung für Hundehalter – insbesondere für Haushalte mit mehreren Hunden oder für Halter von gefährlichen Hunden, die bereits jetzt mit 1.161,60 € je Hund belastet sind. Allerdings wäre ein erhöhtes Aufkommen ein geeignetes Mittel, um die Haushaltslücke bis 2036 zu schließen. Eine 10-prozentige Erhöhung beispielsweise würde jährlich ca. 13.000 € Mehrerträge generieren. Die Maßnahme ist daher als notwendig, aber sensibel einzustufen.

Ratsbeschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Auswirkungen einer Erhöhung um 10, 20 sowie 30 % für jede Hundeart bzw. Anzahl zu berechnen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026	unverändert	
2027 ff.	abhängig von den Gebührensätzen	

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **13**
Produktbereich **916 Allgemeine Finanzwirtschaft**
Produkt **91611 Allgemeine Finanzwirtschaft**

Vorgeschlagene Maßnahme: Überarbeitung der Übernachtungssteueratzung

Beschreibung der Maßnahme

Die Übernachtungssteuer in der Gemeinde Hürtgenwald wird derzeit nach der Satzung vom 13.07.2018 erhoben. Der aktuelle Ertrag beträgt jährlich ca. 70.000 Euro. Es wird vorgeschlagen, die Steuer von der preisabhängigen Staffelung (0,50 € bis 5,00 € je nach Übernachtungspreis) auf eine einheitliche Pauschale je Gast und Nacht umzustellen – z. B. 2,50 € je Übernachtung in einer ersten Stufe und 3,00 € je Überachtung in einer zweiten. Diese Umstellung würde das jährliche Aufkommen auf ca. 130.000 Euro steigern und gleichzeitig eine fairere Verteilung der Steuerlast auf die Beherbergungsbetriebe ermöglichen – unabhängig davon, ob sie preisgünstige oder hochpreisige Zimmer anbieten.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Die Umstellung der Übernachtungssteuer auf eine Pauschale je Gast und Nacht belastet in erster Linie die Gäste – nicht die Beherbergungsbetriebe – da die Steuer als Kopfpauschale direkt vom Gast getragen wird und nicht mehr indirekt über den Zimmerpreis in die Preisgestaltung der Betriebe eingerechnet wird. Besonders betroffen wären Gäste, die bisher günstige Zimmer gebucht haben, da sie nun – unabhängig vom Zimmerpreis – eine feste Steuer zahlen müssten. Dies stellt eine höhere und gleichzeitig fairere Belastung dar, da bisher vor allem preisgünstige Übernachtungen unter 20 € nur 0,50 € Steuer ausmachten, während teure Zimmer bis zu 5,00 € steuerten. Die Umstellung würde zudem mehr Transparenz und Vergleichbarkeit am Markt schaffen: Bei Online-Buchungen (z. B. auf Vergleichsportalen) würde künftig der reine Zimmerpreis angezeigt – zuzüglich einer klaren, einheitlichen Pauschale pro Gast und Nacht – statt des bisherigen, preisabhängigen und oft versteckten Steueranteils im Gesamtpreis. Dies fördert die Klarheit für Gäste und schafft mehr Fairness gegenüber den Beherbergungsbetrieben, da alle Betriebe – unabhängig von ihrer Preisklasse – gleichermaßen zur Steuer beitragen. Eine Pauschale von 2,50 € je Gast und Nacht wäre ein erster Schritt – in einer zweiten Stufe könnte sie auf 3,00 € angehoben werden, ohne dass die Gemeinde Hürtgenwald dabei Preistreiber im regionalen Vergleich würde. Erst bei deutlich höheren Pauschalen (über 3,00 €) würde sich die Gemeinde von den umgebenden Kommunen abheben – was vermieden werden soll.

Ratsbeschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Übernachtungssteuer auf eine Pauschale je Gast und Nacht umzustellen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026	unverändert	
2027 ff.	ca. 60.000 Euro	

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **14**
Produktbereich **916 Allgemeine Finanzwirtschaft**
Produkt **91611 Allgemeine Finanzwirtschaft**

Vorgeschlagene Maßnahme: Überarbeitung der Zweitwohnungssteuersatzung

Beschreibung der Maßnahme

Die Zweitwohnungssteuer in der Gemeinde Hürtgenwald wird derzeit nach der Satzung vom 08.05.2020 erhoben. Das jährliche Aufkommen beträgt derzeit unter 10.000 Euro – ein Wert, der im Vergleich zu anderen kommunalen Steuern sehr niedrig ist. Es wird vorgeschlagen, zunächst eine flächendeckende Kontrollkampagne durchzuführen – analog zur bereits durchgeführten Hundebestandserhebung – um die tatsächliche Zahl der Zweitwohnungen zu erfassen und die Steuerpflichtigen zur Anzeige zu verpflichten. Erst nach Abschluss dieser Kampagne soll geprüft werden, ob das Steueraufkommen bereits durch bessere Kontrolle gestiegen ist – oder ob eine nachfolgende Steuererhöhung erforderlich ist.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Eine bloße Erhöhung des Steuersatzes würde voraussichtlich zu einer Vermeidungshaltung der Steuerpflichtigen führen – insbesondere falls bereits heute schon viele Zweitwohnungen nicht gemeldet sein sollten. Stattdessen bietet sich eine zweistufige Vorgehensweise an:

1. Kontrolle und Durchsetzung der bestehenden Satzung – um Steuergerechtigkeit herzustellen und das Aufkommen durch bessere Erfassung zu steigern.
2. Erst danach – falls notwendig – eine moderate Steuererhöhung.

Die Maßnahme ist daher als kritisch, aber zielführend einzustufen – wenn sie mit einer zielgerichteten Kontrollkampagne beginnt, bevor über eine Steuererhöhung entschieden wird.

Ratsbeschluss

Der Rat beschließt,

1. zunächst eine flächendeckende Kontrollkampagne zur Erfassung von Zweitwohnungen durchzuführen,
2. die Ergebnisse dieser Kampagne bis 2027 auszuwerten,
3. danach zu prüfen, ob das Steueraufkommen bereits durch bessere Kontrolle gestiegen ist – und gegebenenfalls eine moderate Steuererhöhung zu beschließen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026	abhängig von Kontrollergebnis	
2027 ff.	abhängig von Kontrollergebnis bzw. einer evtl. Steuererhöhung	

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **15**
Produktbereich **903 Schulträgeraufgaben**
Produkt **90321 Schülerbeförderung**

Vorgeschlagene Maßnahme: Schülerbeförderung (mind. teilweise ÖPNV statt Schülerspezialverkehr)

Beschreibung der Maßnahme

Die Schülerbeförderung in der Gemeinde Hürtgenwald erfolgt über den sogenannten Schülerspezialverkehr – ein eigenständiges, nicht im regulären Linienverkehr integriertes Angebot. Dies sorgt für höhere Kosten als bei einer Nutzung des ÖPNV. Von Seiten der Gemeinde wurde diesbezüglich im Rahmen der Aufstellung des neuen Nahverkehrsplans angeregt, hier ein entsprechendes Angebot zu schaffen, damit auf den Schülerspezialverkehr weitgehend verzichtet werden kann.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Die Abwägung der Maßnahme zur Umstellung der Schülerbeförderung vom Schülerspezialverkehr auf den regulären ÖPNV muss vor dem Hintergrund der aktuellen Rahmenbedingungen erfolgen – insbesondere im Hinblick auf die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans, die im Rahmen der kommunalen Verkehrsplanung gerade erst begonnen hat. Derzeit ist der Schülerspezialverkehr alternativlos, da die bestehenden Linien des ÖPNV die Schulstandorte in Hürtgenwald und den ländlichen Ortsteilen nicht ausreichend erschließen. Eine vorzeitige Reduzierung oder Streichung des Spezialverkehrs würde daher die Schulbesuchspflicht gefährden und Eltern – insbesondere berufstätige – überfordern. Eine Umstellung ist daher nur dann sinnvoll, wenn der neue Nahverkehrsplan konkrete, verbindliche Maßnahmen vorsieht, die eine sichere, pünktliche und ausreichende Anbindung der Schulen gewährleisten – etwa durch Linienverlängerungen, zusätzliche Haltestellen oder angepasste Fahrpläne. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt der Schülerspezialverkehr unverzichtbar.

Ratsbeschluss

Der Rat beschließt,

1. die Umstellung der Schülerbeförderung vom Schülerspezialverkehr auf den regulären ÖPNV bis zur endgültigen Festlegung des neuen Nahverkehrsplans abzuwarten,
2. keine Streichung oder Reduzierung des Schülerspezialverkehrs vorzunehmen, solange keine sichere und zumutbare Alternative besteht.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026		keine
2027 ff.		abhängig von Anpassung des Linienverkehrs

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **16**
Produktbereich **diverse**
Produkt **diverse**

Vorgeschlagene Maßnahme: Zuschüsse an Vereine reduzieren (Bewirtschaftung, Jugendförderung)

Beschreibung der Maßnahme

Die Gemeinde Hürtgenwald gewährt derzeit Zuschüsse an Vereine – insbesondere für Bewirtschaftung und Jugendförderung. Hierbei handelt es sich um freiwillige Leistungen der Gemeinde, zu denen sie sich teilweise vertraglich verpflichtet hat, um den Vereinen Planungssicherheit zu geben. Ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung könnte eine (schrittweise) Reduktion dieser Zuschüsse sein – mit besonderem Augenmerk auf die Bewirtschaftungszuschüsse, da hier eine Übertragung der Zuständigkeiten an die Vereine möglich ist.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Eine Reduzierung der Zuschüsse würde finanzielle Freiräume schaffen, um pflichtige Aufgaben besser zu finanzieren und den Haushaltsausgleich bis 2036 zu erreichen.
Allerdings ist zu beachten:

- Die Vereine leisten wichtige ehrenamtliche Arbeit – insbesondere in der Jugendförderung, wo sie Kinder und Jugendliche betreuen, begleiten und fördern.
- Ein zu starker Verzicht auf Zuschüsse würde das Ehrenamt belasten – und könnte zu einem Rückgang der ehrenamtlichen Leistungen führen.
- Die Bewirtschaftungszuschüsse bieten ein größeres Einsparpotenzial – da hier eine Übertragung der Zuständigkeiten an die Vereine möglich ist (siehe auch Maßnahme Nr. 8).

Die Maßnahme ist daher als geeignet, aber sensibel einzustufen – sie sollte schrittweise und differenziert umgesetzt werden, mit besonderem Bestandsschutz für die Jugendförderung.

Ratsbeschluss

Der Rat beschließt,

1. die Bewirtschaftungszuschüsse an Vereine schrittweise zu reduzieren – mit dem Ziel, die Zuständigkeiten auf die Vereine zu übertragen,
2. die Zuschüsse zur Jugendförderung – wenn überhaupt – nur in geringem Umfang und gestaffelt über mehrere Jahre zu reduzieren,
3. im Anschluss eine Überprüfung vorzunehmen, ob die Reduzierung die ehrenamtliche Arbeit beeinträchtigt – und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026		keine
2027 ff.		abhängig von Reduzierung

Haushaltssicherungskonzept 2026 - 2036

Lfd. Nr. **17**
Produktbereich **diverse**
Produkt **diverse**

Vorgeschlagene Maßnahme: Digitalisierung der gemeindlichen Printmedien

Beschreibung der Maßnahme

Die Gemeinde Hürtgenwald bezieht und verteilt mehrere Printmedien – sowohl bezogene Fachpublikationen (z. B. Gesetzestexte, Kommentierungen) als auch ein eigenes Mitteilungsblatt (DorfBote). Während bei den bezogenen Medien bereits eine weitgehende Digitalisierung stattgefunden hat – mit Zugriff auf Online-Datenbanken statt auf Papier –, bleibt der DorfBote als monatliches Print-Mitteilungsblatt weiterhin in gedruckter Form im Umlauf. Es wird vorgeschlagen, den DorfBoten einzustellen und stattdessen ausschließlich digitale Informationskanäle zu nutzen – wie die Gemeinde-Homepage, die Heimat-App und soziale Medien (z. B. Facebook, Instagram). Dies würde nicht nur Kosten einsparen (ca. 12.000 € jährlich), sondern auch schnellere, zeitnahe und zielgruppengerechte Information ermöglichen – im Gegensatz zum monatlichen Druckzyklus mit Redaktionsschluss, der oft zu Verzögerungen führt.

Sonstige Bemerkungen

keine

Abwägung der Maßnahme

Eine Einstellung des DorfBoten würde finanzielle Einsparungen bringen – ca. 12.000 € jährlich – und die Digitalisierungsoffensive der Gemeinde voranbringen.
Allerdings ist zu beachten:

- Nicht alle Bürgerinnen und Bürger verfügen über Zugang zu digitalen Medien – insbesondere ältere Menschen.
- Der DorfBote dient nicht nur als Informationsmedium, sondern auch als soziales Bindeglied – mit lokalen Nachrichten, Vereinsmitteilungen und Terminen.
- Digitale Kanäle ermöglichen schnellere und zeitnahe Informationen, aber auch geringere Reichweite bei bestimmten Gruppen.
- Die Maßnahme ist daher als geeignet, aber sensibel einzustufen – sie sollte schrittweise und begleitet umgesetzt werden, z. B. mit digitalen Info-Veranstaltungen oder Papier-Alternativen für bestimmte Gruppen.

Ratsbeschluss

Der Rat beschließt,

1. den DorfBoten unter Berücksichtigung der vertraglich vereinbarten Kündigungsfrist einzustellen,
2. die digitale Informationsarbeit (Homepage, Heimat-App, soziale Medien) zu verstärken und auszubauen,
3. alternative Informationswegen für nichtdigitale Nutzergruppen zu prüfen (z. B. Aushänge, Informationsbriefe),
4. anschließend eine Überprüfung vorzunehmen, ob die digitale Informationsarbeit ausreichend funktioniert – und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Stand der Umsetzung

Noch nicht umgesetzt – Vorlage befindet sich in der Beratung.

Finanzielle Auswirkungen

Jahr	Mehrerträge (in Euro)	Minderaufwendungen (in Euro)
2026		keine
2027 ff.		ca. 12.000 €